

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Euro-afrikanische NGO-Konferenz fordert Respektierung des Rechts auf Bewegungsfreiheit

- **Schwarz-rote Haushaltspläne: Von Schuldenabbau weit entfernt – Seite 4**
- **Nach dem Abschluss der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft: Angenehme Ernüchterung – Seite 5**
- **Ein-Euro-Jobs im Vergleich mit regulären Arbeitsverhältnissen – Seite 12**
- **„Financial Time Deutschland“ hetzt gegen „Mindestlohn für Professorensöhne“ – Seite 16**
- **Aufruf aus der PDS zur neuen Linkspartei in Deutschland: Abschied und Wiederkehr – Seite 18**

Ausgabe Nr. 14 am 13. Juli 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Gericht lehnt Kopftuch-Verbot ab

Stuttgarter Zeitung, 7.7. alk. Eine muslimische Lehrerin an einer Stuttgarter Grund- und Hauptschule kann weiterhin mit Kopftuch unterrichten, wie sie es seit 1995 tut, ohne dass es je zu Konflikten mit den Eltern oder im Lehrerkollegium kam. Frau Gruber unterrichtet seit 1976 an dieser Schule; sie war 1984 zum Islam konvertiert. Frau Gruber ist Ansprechpartnerin für muslimische Mädchen und Eltern. Sie trat stets für religiöse Toleranz ein und sagte jetzt nach dem Urteil: „Ich werde auch weiterhin versuchen, muslimischen Mädchen zu mehr Selbstbewusstsein zu verhelfen.“



Einen Konflikt hatte erst die Schulaufsicht geschaffen: Ähnlich wie in dem Fall der Referendarin Frau Ludin hatte die Schulaufsicht Frau Gruber das Kopftuchtragen im Unterricht untersagt; das Verfahren ruhte allerdings, bis im letzten Jahr der baden-württembergische Landtag ein gesetzliches Kopftuchverbot verhängte.

Jetzt hat das Verwaltungsgericht Stuttgart das Verbot gegenüber Frau Gruber aufgehoben. Das Gericht griff dabei nicht das Gesetz selber an, sondern die Behördenpraxis. Das Land Baden-Württemberg würde christliche und muslimische Lehrerinnen ungleich behandeln; das verstößt gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das Gericht führte als Beispiel an, dass an einer öffentlichen Schule in Baden-Württemberg verbeamtete Ordensschwestern in Nonnentracht unterrichten, also müsse auch das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin toleriert werden. Die Behauptung des Landes, bei den Nonnen handle es sich um eine „Berufskleidung“, während das Kopftuch ein Symbol der Frauenunterdrückung und des politischen Islams sei, ließ das Gericht nicht gelten. Die Bescheide des Landes seien rechtswidrig. Eine Berufung ließ das Gericht nicht zu.

Die Landesregierung hat angekündigt, mit einer Nichtzulassungsbeschwerde weiter zu klagen. Frau Schavan, Bundesbildungsministerin, und damals als Kultusministerin von Baden-Württemberg und Mitglied des ZK der Katholiken energische Betreiberin eines Kopftuchverbots, hat sich „verwundert“ über das Gericht geäußert. Die CDU ist in der Klemme: ein Verbot

der Nonnentracht würde die Intention des baden-württembergischen Kopftuchverbots konterkarieren, der Zweck war ja ausdrücklich, christliche religiöse Symbole weiterhin zu erlauben.

Humanistische Union kritisiert Gesetzentwurf für ein neues „Anti-Terror-Gesetz“

HU, 9.7. scc. Das Kabinett verabschiedete, so der Terminplan, am 11.7. einen Gesetzentwurf, der die nach dem 11.9.01 verabschiedeten Geheimdienstbefugnisse um fünf Jahre verlängert und zudem ausweitet. Die Humanistische Union kritisiert dieses Vorhaben als „Ohrfeige für die Bemühungen der Opposition um Aufklärung schwerer Grundrechtsverstöße durch Geheimdienste“. Ausgeweitet werden sollen u.a. die Auskunftspflichten von Fluggesellschaften, Banken sowie Post- und Telekommunikationsunternehmen gegenüber den Nachrichtendiensten, und zwar von der „Bekämpfung internationalen Terrorismus“ auf „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ im Inland. Dies eröffnete, so die HU, einer unkontrollierbaren Schnüffelpraxis Tür und Tor. „Anti-Terror“ werde nun zum Vorgehen gegen vermeintliche Verfassungsfeinde jeglicher Couleur ohne klar umrissenen Tatbestand. Damit fehlen dem Gesetz die notwendige Normenklarheit und Normbestimmtheit. Des Weiteren kritisiert die HU, dass die bestehenden Befugnisse bislang nicht evaluiert wurden. Zwar gab es einen „Bericht zu den Auswirkungen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes“, der aber erfüllt nicht einmal ansatzweise die Erfordernisse einer Evaluation und hat auch noch nicht im Bundestag zur Beratung angestanden.

Erlanger Erklärung für Stärkung der Selbstbestimmung in der Behindertenhilfe

ISL, 6.7. scc. Die Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)“ hat eine „Erlanger Erklärung“ verabschiedet, mit der sie sich für den Abbau von Sondereinrichtungen und die Stärkung des ambulanten Bereichs der Behindertenhilfe einsetzt. Schon seit Jahren weisen Experten immer wieder darauf hin, „dass in allen Heimen für Behinderte und Pflegebedürftige durchschnittlich mindestens ein Drittel Bürger leben, die mit ambulanter Betreuung, kommunal integriert, in einer eigenen Wohnung Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit viel vollständiger verwirklichen könnten“ (Klaus Dörner). Dafür gibt es viele Ursachen; eine der Ursachen ist, dass trotz des Paradigmenwechsels von der Fürsorge zur Selbstbestimmung die

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Förderung stationärer Einrichtungen und damit das Angebot solcher Einrichtungen bei weitem überwiegt. 93% der jährlichen Ausgaben für Eingliederungshilfe fließen in den stationären Bereich. Im ambulanten Bereich kann in der Regel nur die reine Leistung abgerechnet werden, so dass stationäre Anbieter oft aus betriebswirtschaftlichen Gründen wenig motiviert sind, ambulante Angebote zu entwickeln. Die ISL fordert nun die Verpflichtung der Leistungsträger auf eine gezielte Förderung ambulanter Angebote. Dazu soll ein Aktionsplan her, der eine klare Perspektive für alle an einer potentiellen Ambulanzierung Beteiligten eröffnet. (<http://www.isl-ev.de/2006/07/06/erlanger-erklärung-der-isl/>)

Traumatisierte werden abgeschoben

Ngo-online.de, 4.7. alk. Die Ärzteschaft in Baden-Württemberg klagt über Menschenrechtsverletzungen bei der Abschiebung von Flüchtlingen mit Psychotrauma. Der Menschenrechtsexperte der Landesärztekammer in Stuttgart, Matthias Odenwald, warf den Landesbehörden am Dienstag vor, die Traumatisierung vieler Flüchtlinge nicht ernst zu nehmen. Odenwald nannte mehrere Beispiele, wonach Ausreisepflichtige direkt aus psychiatrischen Kliniken heraus abgeschoben wurden. In einem Fall habe sich ein Mann selbst abgezündet, um seine Abschiebung zu verhindern.

Odenwald forderte, die Begutachtung künftig von speziell fortgebildeten Ärzten vornehmen zu lassen, nicht durch Behörden. Er warf den Behörden Voreingenommenheit bei der bisherigen Gutachtenpraxis vor. Meist stehe das Ergebnis bereits im Vorfeld fest. Auch die Präsidentin der Landesärztekammer, Ulrike Wahl, forderte Verbesserungen bei der Begutachtung. Die aktuelle Situation sei „nicht zufriedenstellend“.

„Psychische Traumafolgen werden in vielen Fällen erst spät im Abschiebeverfahren bekannt“, meint die Menschenrechtsbeauftragte der Landesärztekammer, Gisela Dahl. Sie beschreibt „die Ausnahmesituation von Flüchtlingen“ so: In größter Not, mit dem Trauma der Rückführung vor Augen, würden die Bilder der Vergangenheit wieder wahrgenommen und erinnert, „mit allen Schrecken und oft so, als wenn sie gegenwärtig seien“. Dies könne zu folgenschweren akuten körperlichen und seelischen Zusammenbrüchen führen.

Ihr Kollege Matthias Odenwald ergänzt: „Die Begutachtung von traumatisierten Flüchtlingen darf nach unserer Überzeugung nicht durch die Behörden erfolgen, sondern muss von Ärzten und Therapeuten mit entsprechender Qualifikation vorgenommen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Menschenrechte auf Gesundheit, Wohl-

befinden und Rechtsstaatlichkeit auch für Ausreisepflichtige nicht aufgehoben sind.“ Die Landesärztekammer fordert die Landesregierung dazu auf, „die Abschiebepraxis künftig auf einen gemeinsamen Informations- und Kriterienkatalog zu stützen“.

Die Deutschen wandern aus

Statistisches Bundesamt, 6.7. rüL Im vergangenen Jahr sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 145.000 Deutsche aus der Bundesrepublik ausgewandert. Das „ist die höchste registrierte Abwanderung von Deutschen seit 1954“, stellt das Amt fest. „Durch die zurückgehende Zahl von Zuzügen und die zunehmende Zahl von Fortzügen ergibt sich für 2005 erstmals seit Ende der 60er Jahre ein Wanderungsverlust von 17.000 deutschen Bürgerinnen und Bürgern“, heißt es weiter. Die zurückgehende Zahl von Zuzügen ist unter anderem Ergebnis der nachlassenden Einwanderung von sog. „Spät-aussiedlern“ (31.000 in 2005 gegenüber 62.000 in 2003). Über die Gründe und Zielländer der Auswanderungswelle äußert sich das Amt nicht. Zeitungen in den ostdeutschen Bundesländern schreiben, aus den neuen Ländern seien es vor allem junge und qualifizierte Leute, die auswandern in Richtung Irland, Skandinavien, Österreich, USA. Das wäre dann ein neuer „brain drain“, nur anders herum, als von der Wirtschaft und Politik gewünscht. Die Mehrzahl der Auswandernden kommt aber aus den „alten“ Bundesländern, wobei das Amt aus unerfindlichen Gründen Berlin zu den „alten“ Ländern rechnet. In Zahlen: Etwa 134.000 aus den „alten“ Ländern plus Berlin und etwa 10.000 Auswanderer aus den „neuen“ Ländern.

Der Bär wirkt wie lebendig

FAZ, AAZ, SZ, maf Im bayerischen Oberland, von den Grenzen des Bregenzer Waldes bis hinter den Watzmann, ist nach wie vor der Bär los. Denn, auch wenn die Urlaubermassen – eine halbe Million Übernachtungen pro Jahr allein im Spitzingebiet – in ihrer Mehrzahl durch die Aussicht auf eine Begegnung mit dem Bären eher abgeschreckt worden wären, so hat doch das Naturflair des Oberlandes gelitten.

Die CSU, in Staat und in den Orten des Oberlandes bestimmende Partei, versucht es nun mit Arbeitsteilung. Während die Bürgermeister des Oberlandes das Recht des Bären zugeben, andeuten, dass sie (falls zuständig) mit diesem Problem ganz anders fertig geworden wären, und für die Behörden in München farbige, bärenfreundliche Ausdrücke haben, beharrt die Staatsregierung auf ihrer Absicherungspolitik. Vielleicht kann der Imageschaden des

Tourismusgebietes ja tatsächlich geheilt werden, indem die örtliche Selbstverwaltung den toten Bären hochleben lässt, während die Staatsregierung unmissverständlich verspricht, jeden lebendigen Bären zu töten. Ein netter Schwindel bayerisch-volkstümlichen Typs. Aber werden auch die Urlauber dieses Volkstheater ernst nehmen?



Deutsche Marine stellt Einsatzflottille in Dienst

www.marine.de, 27. und 29.7. alk. Am 27. bzw. 29. Juni stellte der Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Hans-Joachim Stricker, im Marinestützpunkt Kiel die neue Einsatzflottille 2 bzw 1 in Dienst. Dazu gab die Marine folgende Pressemitteilung heraus:

„Die Deutsche Marine bündelt in der neuen Struktur die bisherige Flottille der Minenstreitkräfte, die Schnellboot- und die Ubootflottille. Im Rahmen einer Aufstellungsmusterung wird der Befehlshaber der Flotte der neuen Flottille das Fahnenband zur Truppenfahne verleihen. Der Einsatzflottille 1 in Kiel gehören künftig 43 Boote und Schiffe sowie 14 Uboote an.

Die EinsFltl 1 nimmt die verantwortliche Federführung für die Bereiche Minenkriegsführung, Überwasserseekriegsführung, Unterwasserseekriegsführung und Operativer Schutz wahr. Für die Bereiche Grundsatz, Führungsinformationssysteme, Vernetzte Operationsführung (NetOpFü), Flugabwehr, Elektronischer Kampf und Nautik obliegt die Federführung der Einsatzflottille 2.

Dieses feierliche Zeremoniell ist weit mehr als ein Namenswechsel. Es ist Ausdruck des Wandels von einer Marine, bei der Geleitschutzaufgaben auf hoher See und Operationen aus dem eigenen Küstenvorfeld heraus im Vordergrund standen, hin zu einer global ausgerichteten Seestreitmacht.“

Der Presseoffizier produziert Einsatzlyrik: „Die Essenz der einsatzorientierten Struktur muss in die Köpfe aller Beteiligten, und das sind wir, die in der Flotte unseren Dienst tun.“ Es sind wohl nicht alle begeistert von Einsätzen am Horn von Afrika statt Schippern in der Ostsee. *Zusammenstellung: alk*

Von Schuldenabbau weit entfernt

Am 5. Juli hat Bundesfinanzminister Steinbrück seinen Haushaltsentwurf für 2007 und damit verbunden die mittelfristige Finanzplanung der Regierung bis 2010 vorgelegt. Danach sollen die Gesamtausgaben des Bundes 2007 um 0,7% auf 267,6 Mrd. Euro steigen, die Einnahmen dagegen um fast 10% auf 245,6 Mrd. Die Neuverschuldung des Bundes würde von 38,2 Mrd. in 2006 auf 22 Mrd. in 2007 sinken. Erstmals seit Jahren hielt die Bundesregierung damit wieder die Maastrichter Stabilitätskriterien ein. Sogar die Auflage aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, die Neuverschuldung niedriger zu halten als die Investitionsausgaben, würde erstmals seit Jahren wieder eingehalten.

Größter Haushaltsblock: Soziales, insbesondere Renten

Mit Abstand größter Ausgabenposten im Bundeshaushalt ist erneut der Haushalt von Arbeits- und Sozialminister Müntefering. Mit 122,2 Mrd. entfallen inzwischen ca. 45% des Bundeshaushalts auf Münteferings Ministerium. Größter Ausgabenblock sind die aus dem Steueraufkommen finanzierten Zuschüsse zur Rentenversicherung. „Mit 78,4 Milliarden Euro stellen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung auch im Jahr 2007 den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar“, heißt es in der Mitteilung Steinbrücks zu seinem Haushalt 2007. „Damit wird etwa ein Drittel der Bundesausgaben zur Finanzierung der Rentenversicherung aufgewendet. Zu Beginn der 80er Jahre lag der Anteil der Bundesleistungen an die Rentenversicherung an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts noch bei ca. 12 Prozent.“ Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen haben sich seit 1980 etwa verdreifacht. Die Zuschüsse des Bundes in die Rentenkassen haben sich im gleichen Zeitraum – unter anderem durch die Umstellung eines Teils der Renteneinnahmen in Richtung Ökosteuer – verfünfacht.

Zweitgrößter Titel: Zinsen

Zweitgrößter Block im Bundeshaushalt sind seit Jahren die Zinsen auf die Staatsschuld. 40 Mrd. Euro hat Steinbrück für 2007 eingeplant, um die Zinsforderungen der Staatsgläubiger zu bedienen. Inklusive Zinsausgaben der Länder und Kommunen dürften alle öffentlichen Haushalte 2007 ca. 70 Mrd. Zinsen an ihre Gläubiger überweisen. Angesichts solcher Zahlen ist es schon beklemmend, wie gründlich anscheinend auch Linke verdrängt haben, dass wachsende Staatsschuld vor allem eine

gigantische soziale Umverteilung von unten nach oben bedeutet, weil die Besitzer der Staatsschuldpapiere – also diejenigen, welche die Zinsen einstreichen – vorwiegend in den höheren Einkommenszonen zu finden sind.

Sorgen vor Zinsanstieg und fehlendem „Spielraum“

Knapp drei Wochen vor der Vorlage seines Haushalts hatte sich Steinbrück auf einer Veranstaltung des Forums Wirtschaft der SPD über wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen der staatlichen Haushaltsplanung geäußert. Für ihn seien die drei wesentlichen Herausforderungen die Globalisierung, das unterdurchschnittliche Wachstum in Deutschland und die Lage der öffentlichen Haushalte. Die heutigen Haushalte enthielten kaum noch Spielräume, klagte er. 70% der Bundesausgaben flössen per Gesetz in die soziale Sicherung, also in Renten und Pensionen, Arbeitslosigkeits-, Gesundheits- und Pflegeversicherung. „Bei einer Staatsschuld von 1,6 Billionen Euro sei eine Drosselung des Verschuldungstempos eine Frage der Generationengerechtigkeit“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur AP (16.6.06).

Am nächsten Tag hieb die FAZ in eine ähnliche Kerbe: „Jetzt steigen auch noch die Zinsen. Nachdem die Europäische Zentralbank Ende Mai die Zinsen erhöht hat, wird es für den Staat teurer, Kredite aufzunehmen. Schon wenn sich die Durchschnittsverzinsung der derzeitigen 900 Milliarden Euro (Bundes-) Schulden nur um 0,11 Prozent erhöht, bedeutet das eine Mehrbelastung des Bundeshaushalts von etwa einer Milliarde Euro.“ (FAZ, 17.6.06)

Standard & Poor warnt vor Abstufung

Die US-amerikanische Rating-Agentur „Standard & Poor“ (S&P, sie bewertet regelmäßig die finanzielle Situation von Unternehmen, Banken und öffentlichen Schuldern) hatte Anfang Juni noch schärfere Warnungen ausgestoßen. Allein die zunehmende Alterung der deutschen Gesellschaft bedeute, so S&P, wenn sich alle derzeitige Trenddaten unverändert fortsetzen, dass die damit zusammenhängenden öffentlichen Ausgaben von derzeit 19,5% des Bruttoinlandprodukts (BIP) bis 2050 auf 23,2 Prozent steigen würden. Das jährliche Haushaltsdefizit der öffentlichen Haushalte werde auf 12% des BIP ansteigen, die gesamte Staatsschuld von derzeit etwas unter 70% auf 180% des BIP. Die Agentur betonte, ihre Zahlen seien keine Prognose, sondern eine „Was-wäre-wenn“-Simulation unter der zugegeben

unwahrscheinlichen Annahme, dass sich die Trends der letzten Jahre – insbesondere das geringe Wirtschaftswachstum – unverändert fortsetzen. Wenn das geschehe, so S&P, verlöre der deutsche Staat bald seine Bonität an den internationalen Finanzmärkten. Staatliche Schuldpapiere würden herabgestuft zu „Junk Bonds“ (= Müll, Tapeten), Bund, Länder und Kommunen bekämen vermutlich kaum noch Kredit. (aus: Manager Magazin, 6. Juni 2006)

Keine Reserven für die Zukunft

Die Analysten von S&P verbinden ihre Trend-Simulationen, die sie regelmäßig für alle OECD-Staaten erstellen, nicht mit Politikempfehlungen. Das überlassen sie Parteien und Regierungen. Zu vermuten ist aber, dass sie einer Politik, wie sie die letzte US-Regierung unter Clinton verfolgt hatte, nämlich Abbau der öffentlichen Schulden und Aufbau von Reserven in den sozialen Sicherungskassen, eine gute Note erteilt hätten. Die Regierung Clinton hatte das u.a. mit der Besteuerung von Kursgewinnen bei Wertpapieren und generell mit einer stärkeren Besteuerung von privaten Vermögensseinkommen finanziert. Beides stößt hierzulande bei der Mehrzahl der Verbände, Parteien und Medien noch immer auf erbitterten Widerstand. Zwar berät derzeit auch die schwarz-rote Regierung über eine allgemeine „Abgeltungssteuer“ auf Vermögenserträge und Kursgewinne, stößt damit aber ebenso wie die rot-grüne Vorgänger-Regierung schon jetzt auf erbitterten Widerstand.

Schuldenanstieg gebremst, aber kein Abbau

Infolgedessen hat sich auch die schwarz-rote Bundesregierung trotz ihrer scheinbar komfortablen parlamentarischen Mehrheit von dem Ziel einer Senkung der Staatsschuld verabschiedet. Was in allen Szenarien der alten Bundesregierung immer auftauchte, zugleich immer belächelt wurde, das Ziel: „Keine Netto-Neuverschuldung ab dem Jahr xyz!“ – das taucht bei der großen Koalition gar nicht mehr als Ziel auf. Die Neuverschuldung, so Steinbrücks mittelfristige Finanzplanung, sinkt lediglich von 22,0 (2007) auf 20,5 Mrd. in 2010. Die Staatsschuld steigt also ständig weiter.

Auch die Maastricht-Vorschrift, die Staatsschuld auf 60% des BIP zu begrenzen, rückt in weite Ferne. Erst 2020, so die letzte Prognose der Bundesregierung, werde die Staatsschuld wieder auf 60% des BIP gesenkt sein. Bedingung sei aber, dass ab 2010 die Nettoneuverschuldung aller öffentlichen Haushalte

jährlich nur noch 1% des BIP erreiche.

Die Warnungen von S&P mögen überzeichnet sein, aber sie deuten an, dass die Bundespolitik ein Problem hat: Wie soll der weitere Anstieg der Bundes schuld gestoppt, wie gleichzeitig die Sozialsysteme reformiert und modernisiert werden? Eine Umstellung der Finanzierungssquellen der sozialen Sicherung in Richtung Steuer findet seit Jahren schon statt, siehe Ökosteuer für die Rente, Tabaksteuer für die Gesundheit und jetzt Mehrwertsteuer für die Arbeitslosenversicherung. Wie schwer das Thema aber praktisch zu bewegen ist, zeigt der Streit um die Gesundheitsreform. Die Ministerpräsidenten der CDU/CSU haben Merkel und ihr Kabinett gestoppt, bevor auch nur Eckpunkte in diese Richtung vereinbart waren.

Zinsanstieg wahrscheinlich

Bleibt die Zinsentwicklung. Hier muss sich der Bund ebenso wie Länder und Kommunen auf steigende Zinsen einstellen. Die Europäische Zentralbank dürfte spätestens im August ihre Leitzinsen von 2,75 auf 3% anheben. In den USA ist eine weitere Anhebung der Leitzinsen bereits erfolgt, selbst in Japan hat die Zentralbank ihren Zins kürzlich von 0 auf 0,25% angehoben.

Alle Zentralbanken treibt dabei die nicht unbegründete Sorge vor steigender Teuerung. Eine Rückkehr zu inflationären Verhaltensmustern – sprich: Kostenanstiege einfach auf die Preise schlagen – soll verhindert werden. Gründe zu Inflationssorgen gibt es genug: die steigenden Energiekosten, Ölpreise, Metallpreise, auch die stark anziehende Kreditnachfrage der Wirtschaft, die offensichtlich wieder mehr investiert und dafür mehr Kredite nachfragt. Also wird der EU-Zentralbankzins steigen, zunächst im August und vermutlich danach weiter. Schon machen Berichte von einem Anstieg der EZB-Leitzinsen auf 3,5% bis Jahresende die Runde.

Damit wird ein Anstieg der Zinslasten für die öffentlichen Haushalte immer wahrscheinlicher. Aber er wird vermutlich nicht dramatisch sein. Ohnehin sind die Zinsen niedrig, trotz des Gegensteuerns der Zentralbanken, weil weiter enorme Mengen an Geldkapital um den Globus vagabundieren auf der Suche nach Anlage. Dieses Überangebot an Anlage suchendem Geld drückt die Zinsen bzw. hält sie niedrig, wie jeder mit Blick aufs Sparbuch feststellen kann.

In den letzten Jahren haben auch die öffentlichen Haushalte von den niedrigen Zinsen profitiert. Ein Beispiel: 1995 betrug die Schulden aller öffentlichen Haushalte – Bund, Länder und Kommunen – zusammen 1.019 Mrd. Euro. Im gleichen Jahr zahlte die öffentliche Hand 66,2 Mrd. Zinsen. 2005, zehn Jahre später, war die Gesamtschuld auf 1.468 Mrd. Euro gestiegen,

also um mehr als 40%. Die Zinsausgaben aber betragen 2005 „nur“ 67,5 Mrd., also fast genauso viel wie 1995. Wären die Zinsen 2005 so hoch wie 1995 gewesen, hätten Bund, Länder und Kommunen in diesem Jahr ca. 26 Mrd. mehr Zinsen zahlen müssen.

Neue Schulden werden teurer

Diese „goldenen Zeiten“ werden nun bald weniger goldig sein. Derzeit sind z.B. US-Staatsschuldpapiere, 10 Jahre Laufzeit, mit 5% verzinst. Hierzulande liegt der 10-Jahres-Zins für Bundes schulden bei 4%. Ein Anstieg dieser Zinsen auf etwa 5% wird als Folge der Zentralbankmaßnahmen vielfach für wahrscheinlich gehalten. Das verteuert alle neuen Schulden, die Bund, Länder und Kommunen in den nächsten Jahren aufnehmen müssen.

Und da wird es spannend, wie ein Blick in die Daten des Bundesfinanz ministeriums zeigt.* Danach war der Bund am 30.4. 2006 mit 906 Milliarden Euro verschuldet. Davon waren 531 Mrd. Anleihen bei Banken und internationalen Geldgebern. Etwas mehr als 300 Mrd. waren Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Bundesschatz anweisungen, die v.a. von privaten Sparern gekauft werden. Fast 155 Mrd. Euro dieser Gesamtschuld hatten eine Rest laufzeit von weniger als 1 Jahr, 306 Mrd. eine Laufzeit von 1 bis 4 Jahren.

Selbst wenn der Bund ab sofort kei nen Cent neuer Schulden mehr aufnehmen würde, müsste Steinbrück in den kommenden 12 Monaten deshalb allein 155 Mrd. neue Kredite aufnehmen, um die alten, abgelaufenen Schulden mit einjähriger Laufzeit zurückzahlen und durch neue Schuld papiere ersetzen zu können. Hinzu käme ein ebenfalls dreistelliger Milliardenbetrag für den Ersatz längerfristiger Schuld papiere, die ebenfalls jedes Jahr zurückgezahlt und durch neue Schuld papiere ersetzt werden müssen. Wenn auf alle diese neuen Schulden der Zins nur um 1% steigt,

kostet das vermutlich mehr als 3 Mrd. zusätzliche Zinsen pro Jahr. Das wäre, um ein paar Vergleichszahlen zu nennen, das Dreifache dessen, was die Bundes regierung 2007 für BAFöG ausgeben will, das 17-fache der geplanten Ausgaben des Bundes für die „Exzellenz-Initiative“ an den Hochschulen und mehr als vier Mal so viel, wie der Bund 2007 für alle Forschungs- und Technologie förderungen für kleine und mittlere Unternehmen bereit stellen will. Oder, um andere Zahlen zu nehmen, fast der doppelte Jahresetat des Kanzleramts (2007: 1,7 Mrd. Euro) bzw. das Vierfache des Jahres etats von Bundesumweltminister Gabriel (790 Mio. Euro). Staats schuld ist eben teuer, und wenn die Zinsen steigen, noch teurer. rü

* (Zahlen im folgenden aus: „Kurzübersicht der Haushalts- und Finanzdaten des Bundes im Mai 2006“, zu finden auf der Homepage des BMF)

Nach dem Abschluss der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft

Angenehme Ernüchterung

Die FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft soll die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik nach übereinstimmender Meinung der Medien stark beeinflusst haben. Daran ist ganz bestimmt richtig, dass in den Medien nicht mehr unterschieden wurde zwischen der Faszination, die ein Sportereignis trägt, und dem kühlen Blick, der zur Beurteilung politischer Sachverhalte kultiviert werden sollte. Die gedankliche Vermischung der Welt des Spiels mit der Welt der Politik ist hochriskant, besonders wenn sie von Massenmedien vorangetrieben wird. Wer den Unterschied festhalten möchte, und das werden ja doch sehr viele, wenn nicht die meisten sein, findet sich aus dem breiten Strom der Kommunikation ausgebunden, kann im Gespräch mit anderen kaum auf Publiziertes zurückgreifen. Die Erfahrung einer völligen Gleichstimmung der Medienwelt ist schon sehr beunruhigend. Wenn auch festzuhalten bleibt, dass die Medienindustrie in dieser Sache ein breites, gut ausgearbeitetes Spektrum von Argumenten, Meinungen und Praktiken ausgebunden hat und sich wie Beduselte in der Vermengung von Sport erlebnis, Politik und individueller Gefühlslage regelrecht wälzt: Es bleibt zu erklären, wieso in der festlich gestimmten Menge immer mehr Fans* der Mode folgten, sich in den Farben der Staats flagge schwarz-rot-gold zu zeigen.

Die Sportberichterstattung und die oft berufene „Euphorie“**

Die Sportberichterstattung besonders des Fernsehens verwendet Jahr für Jahr mehr Zeit, neben der sportlichen Aktivität die Gefühle darzustellen, von denen die Akteure „danach“ geschüttelt werden. Warum?

Wird Sport als kultivierte Leistung begriffen, kommen vor allem die konkreten Einzelheiten in Betracht. Das sachverständige Publikum will eine hochwertige, kunstvoll ausdifferenzierte Leistung sehen. Den Kern dieses Fachpublikums bilden Leute, die den betreffenden oder einen vergleichbaren Sport selbst ausgeübt haben. Sie genießen die Entfaltung von Geschick und Leistung, die an ihrer eigenen Erfahrung anknüpft, die Darstellung der Superleistung weckt im Körper fixierte Erinnerung und frischt das Lebensgefühl auf. Beim Fußball ist die Zahl der Menschen, die auf diese Weise ange

sprochen werden können, besonders groß, bei anderen Sportarten ist sie viel kleiner, sie schwankt auch mit den Moden. Immer noch besteht das Fachpublikum der Sportberichterstattung überwiegend aus Männern, wenngleich die Präsenz der weiblichen Hälfte der Bevölkerung im Sportgeschehen mit dem Generationenwechsel zunimmt und von einer Männerdomäne nicht mehr die Rede sein kann.

Anders als die Hebung des Lebensgefühls, die durch Stimulation der Erinnerung an eigene Tätigkeit entsteht, kommt die Verbindung von Publikum und Akteuren zustande, die sich nicht aus der Identifikation, dem gedanklichen Mitgehen und Mitspielen ergibt, sondern aus dem Beifall, den die abgeschlossene Leistung findet, und den Zuständen der Freude und Erschütterung, die beim Sportler durch den Beifall ausgelöst wird. Es ist möglich, sich an dieser Freude mitzufreuen, ohne die vorausgegangene Leistung im Geringsten zu verstehen. Es sind Situationen möglich, in denen eine siegreiche Mannschaft von den Fans so bejubelt wird, dass ihr Freudentaumeln zunimmt, was wiederum die Beifallspender mitreißt ...

Für das Geschäft der Medien, besonders bei der Bildberichterstattung, wird durch die breite Darstellung der Emotion der Kreis der ansprechbaren Zuschauer ausgeweitet, deren Fähigkeit zum Nachvollzug menschlicher Gefühlsregungen angesprochen wird.

Der Leistungssport als moralische Anstalt

Beifall kann durch verschiedenste soziale Aktivitäten ausgelöst werden, soll er durch Sportbegeisterung in ihrer heutigen Form ausgelöst werden, ist regelmäßig erforderlich, dass zunächst die spezifische Leistung der Akteure durch Fachleute bewertet oder in einem gesellschaftlich anerkannten Verfahren unter Aufsicht von Kampfgerichten im unmittelbaren Leistungsvergleich erzielt wurde. Das Spiel wird zum ausgebauten Kult, dessen Vollzug eine Botschaft enthält. Im heutigen Leistungssport geht es offenbar um die Mühen des Trainings, also der oft versagungsreichen Ausbildung der eigenen Kräfte zur Erreichung vorgegebener Ziele in Verbindung mit der Belohnung, die nicht nur im Beifall bestehen darf, sondern auch in Geld. Der Sportler geht an die Grenze seiner Möglichkeiten und schiebt diese über menschliches Normalmaß hinaus. Geht er zu nahe an oder gar über die Grenze der Regeln, droht ihm der Abgrund öffentlicher Verachtung. Es entstehen im organisierten Sport viele Situationen, die auf andere Lebenssituationen irgendwie übertragbar sind. Das Sportereignis löst sich von seiner spielerischen Grundlage, wird zum Kultus. Das Verhalten und die Welt-

sicht, die auf diesem Wege eingeschärft werden, reichen über das Sportfeld hinaus, Sportpolitik ist Kulturpolitik, Sportorganisation macht Sitten. Der sittliche Zusammenhang von individueller Anstrengung und gesellschaftlicher Anerkennung wirkt umgekehrt auf das Sportgeschehen zurück, er löst es aus der brutalen Zweiwertigkeit von Sieg und Niederlage und macht es möglich, auch eine „gute Leistung“ anzuerkennen und nicht etwa nur den „Sieg“.

Festfreude

Die Redensart spricht von ansteckender Laune, Freude, Begeisterung. Die Fähigkeit zur Teilhabe an den Gefühlen von Mitmenschen ist die Basis dieses Phänomens, das keineswegs nur auf Sportereignisse beschränkt ist. Massenfeiern und Feste verschiedenster Art, es handele sich um den Karneval, um das Oktoberfest und all dergleichen mehr, benötigen ein zustimmendes Umfeld. Vielfach ist bei der Beschreibung solcher Ereignisse vom Rausch die Rede, und wenn auch oft genug Drogen im Spiel sind, kommt es nicht darauf an. Entscheidend ist, dass im Vollzug der Festriten eine besondere Welt gebildet wird, in der Trennungen, die sonst das

soziale Leben prägen, nicht oder jedenfalls nur abgeschwächt bemerkbar werden. Damit sie ausgeblendet werden können, sind rauschhafte Verschiebungen der Wahrnehmung erforderlich. Das Festgeschehen verbindet die Teilnehmenden zu einer Gemeinschaft, in der die Einzelnen aufgehoben sind und sich als Teil eines Ganzen bewegen. Das Stadion, der Karnevalszug, das Bierzelt übernehmen die Kontrolle, entwickeln eine eigene Geräuschkulisse, die den Feiernden vermittelt, was zu tun ist, es entsteht eine spezifische Atmosphäre, ein Sound, in dem sich das Individuum verlieren muss, damit voller Lustgewinn entsteht. Das Publikum erfasst den Sachverhalt und greift auf die Metaphorik des Geschlechtsverkehrs zurück. Ein Fleisch, sagt die Bibel. Schwarz rot geil, sagt der Fan.

Diese Art von Glücksgefühl in der Menge kann nur erzielt werden, wenn die ganze Umgebung gleichgestimmt reagiert. Das Individuum kann in der Menge nur aufgehen, wenn alle Individuen, die im Blickfeld sind, ebenfalls dahinschmelzen. Nur dann ist die Gemeinschaft real, weil grenzenlos. Massenfeste dieses Typs dulden deswegen nicht, dass jemand beiseite steht, sie

wollen die Zaudernden mitreißen, und wo sie in den öffentlichen Raum hinein sich ausbreiten, neigen sie dazu, ihn ganz in Beschlag zu nehmen. Wer hier nicht mitmacht, der wird verdrängt, und das ist noch dass Mindeste. Fanbewegungen lassen sich ihr schönes Gefühl nicht nehmen. Das macht sie bedrohlich.

Kontrollverlust Kennzeichnungspflicht.

Im Festrausch verliert sich die Fähigkeit, die Fremdheit des Anderen als Ausdruck seiner Individualität zu respektieren, Zusammenwirken auf Grundlage von Verschiedenheit kommt hier nicht in Betracht, auf die gleiche Stimmung, das gleiche Tun und Treiben kommt es an, um in Stimmung zu kommen, muss man dem Sound gehorchen. Ein Problem dieser Art von Veranstaltung liegt in dem Kontrollverlust der unmittelbar Beteilig-

Frankfurter Anthologie

Gottfried Keller

Nationalität

Volkstum und Sprache sind das Jugendland,
Darin die Völker wachsen und gedeihen,
Das Mutterhaus, nach dem sie sehnend schreien,
Wenn sie verschlagen sind auf fremden Strand.

Doch manchmal werden sie zum Gängelband,
Sogar zur Kette um den Hals der Freien;
Dann treiben Längsterwachsne Spielereien,
Genarrt von der Tyrannen schlauer Hand.

Hier trenne sich der lang vereinte Strom!
Versiegend schwinde *der* im alten Staube,
Der andre breche sich ein neues Bette!

Denn einen Pontifex nur faßt der Dom:
Das ist die Freiheit, der polit'sche Glaube,
Der löst und bindet jede Seelenkette!

FAZ, Samstag, den 8. Juli. Die FAZ, die sich um die Vermischung des Sportlichen mit Politik mit Nationalismus kräftig bemüht hat, pfeift ihre Leserschaft durch Veröffentlichung eines Gedichtes zurück, das über Betonung der „Freiheit“, die dem Blatt wichtig ist, vor den Gefahren nationalistischer Gemeinschaftsbildung warnt.



Bild FAZ, Montag, 10. Juli: Originalunterschrift: „Zwei Welten, eine Schwingung – Angela Merkel und Jürgen Klinsmann, zu zweit in aller Öffentlichkeit.“ Die Bildunterschrift macht auf die Differenz „zwei Welten“ aufmerksam, spricht aber von Schwingung und legt den Gedanken einer Übertragung nahe, der durch das Bild alles andere überdeckend ausgelöst wird. Hütchenspieler.

ten. Sie benötigen zu ihrer eigenen Sicherheit regelmäßig Beaufsichtigung durch Polizei, durch einen Saaldienst, durch Ordner. So sind die Narren, Fans, Festbesucher auch darauf eingestimmt: sich in Grenzen gehen und notfalls gängeln zu lassen. Die Aufsicht kann im Hintergrund bleiben, aber sie muss vorhanden sein.

Wer feiern will, und sei es nur in kleinem Kreise, benötigt außerdem die Nachsicht der Mitbürger und Nachbarn. Denn die Freude am Fest erfasst bekanntlich nicht alle, und schon gar nicht alle gleichzeitig. Es müssen Grenzen gezogen werden.

Die Abgrenzung der Festbegeisterten vom Rest der Welt kann durch Eingrenzung des Festes auf Orte erreicht werden. So sagte man lange, in München finde der Karneval als Fasching vorzugsweise im Saal statt. Wird die Sache jedoch so groß, dass der öffentliche Raum benötigt wird, reklamieren die Feiernden einen Freiraum durch Kennzeichnungen und Kostümierungen, auf diesem Wege finden sie sich – freundlich oder zum spezifischen Streit gegenseitig, ballen sich zu Gruppen und ermöglichen schließlich den Uninteressierten, ihnen aus dem Wege zu gehen.

Die FIFA-Fussball-WM: Öffentliches Sportereignis und Festrausch

Das Interesse am Fußball ist wegen der Breite des Sports groß. Noch größer ist das Interesse an Teilhabe an den großartigen Emotionen, die dieses Großereignis auslöst. Das Stadion, in dem die Beziehung zwischen den Akteuren, dem Spielfeld, und dem Publikum lebt, eignet sich zur Darstellung im Fernsehen. Dadurch wird die Einheit von Zeit und Ort weit über das Stadion hinaus gestreckt. Mit der relativ neuen Technik der Großbildschirme werden in allen

Ballungszentren abgeleitete Massenveranstaltungen möglich, die durch den tatsächlichen Verlauf auf dem Spielfeld des Stadions inspiriert und gesteuert werden. Das Ereignis wird allgegenwärtig. Es entsteht ein Ausnahmezustand, in dem die Fans Rechte am öffentlichen Raum und im öffentlichen Leben reklamieren. Als Träger dieser Fanbewegung müssen sie sich ausweisen.

Staatsfans oder Fußballfans?

Wieso haben sie zu diesem Zweck nicht massenhaft eine Symbolik gewählt, die auf den Fußball deutet, sondern die Farbsymbolik der Staatsflagge? In den Medien sagt man, die Fans hätten sich als Deutsche zeigen und ihre Nationalität feiern wollen. Das sagen die Kommentatoren, und dass sie es so sagen, drückt zweifellos ihren Wunsch nach national eingestellten Menschenmassen aus. Eine zutreffende Aussage über die schwarz-rot-gold eingefärbte Fanbewegung ist damit noch nicht geleistet.

Die Fußballfans sind es gewöhnt, sich durch die Farben ihrer Vereine kenntlich zu machen. Über die Symbolik dieser Vereinsfarben (und oft auch der Vereinsnamen) verliert man normalerweise kein Wort. Sie werden von den Fans lediglich aufgegriffen, um anzuzeigen, welche Mannschaft sie anfeuern wollen. Der Deutsche Fußballbund (DFB) führt in seinem Logo die Farben Schwarz-Rot-Gold. Diese Farben sind, so seltsam es klingt, nicht nur die Farben der Staatsflagge der BRD; sondern auch die Farben, mit denen der DFB und seine Auswahl sich kennzeichnen. Wenn sich die Fans als Anhänger dieser Auswahl kenntlich machen wollten, könnten sie sich kaum anders einfärben. Wer diese Farben angelegt, konnte damit seine Identifikation mit der Auswahl des

DFB, der sog. Mannschaft, zum Ausdruck bringen und diese feiern. Dafür, dass es so war, spricht, dass der Beifall der Fans sich auf Spieler und Betreuer der Auswahl konzentrierte, von Ovationen an die dauernd anwesenden Repräsentanten des Staates wurde bisher nichts bekannt.

Der gesamte Verlauf spricht dafür, dass diese Symbolik gewählt wurde, um Verbundenheit der Fans mit der Mannschaft darzustellen.

Wenn es sich um massenhaft keimende Staatsidentifikation gehandelt hat, ist sie jedenfalls nicht direkt verlaufen, sondern auf dem komplizierteren Umweg der Identifikation mit der Mannschaft.

Die Identifikation mit der „Mannschaft“

Der Prozess der Identifikation von Teilen der zivilen Gesellschaft mit dem Kampf einer Mannschaft hat Wurzeln im Politischen. Es handelt sich ganz offenbar um die Arbeitsteilung zwischen ziviler Erwerbstätigkeit und gewaltsamer Auseinandersetzung, sie sei auf Verteidigung gerichtet oder auf Unterwerfung und Raub. Der moderne Sport hat kulturelle Wurzeln im Militärischen. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass sich die Ausgestaltung des modernen Leistungssports von diesen Wurzeln löst.

Auch der Fußballsports hat sich von derartigen kulturellen Bezügen weg entwickelt.

Das Spiel repräsentiert heute eher die Auseinandersetzung mit streng begrenzten Mitteln, obwohl nur mit Kraft und Gewandtheit auszuführen, enthält es ein Gewaltverbot, der persönliche Erfolg wird nur in Kooperationszusammenhängen erreichbar. Dieses Spiel schärft, wenn man es als Ritus sehen will, Tugenden und Verhaltenweisen ein, die zur Organisation der Arbeitsgesellschaft gehören. Soweit Symbolik entwickelt wird, deutet sie auf den zivilen Schauplatz und nicht auf die Schlacht.

Im Austragungsmodus der K.O.-Spiele allerdings kann das Spielfeld als Schlachtfeld begriffen werden, in durch diesen Modus bestimmten Spielen scheinen die kulturellen Bezüge zu Krieg und zum tödlichen Duell der Gladiatoren auf. Die Ahnungen von Sieg / Tod / Triumph / Untergang springen auf die Zuschauer über. Das sittliche Empfinden wird verstört. Die Regeln werden unwichtig. Gerade Fachleute, die Organisatoren und die Verbandsfunktionäre kennen diese Effekte, die Rohheit, die sie bei Akteuren und Publikum erzeugt. Eine breite Strömung unter Amateuren und Professionellen ist der Meinung, dass der Fußballsport diese Art von Reizen nicht benötigt, um zu faszinieren.

Dagegen steht das Phänomen, dass keine andere Art der Austragung eine solche „Spannung“ erzeugt als eben gerade diese. Die Lockung des Sieges durch Zerstörung des Gegners gepaart

mit der Gefahr des Untergangs, die hier ausgelebt, springt durch Mitfühlen, Mitfeiern, Mitfürchten auf die Masse über. Die Spannung wird unerträglich. Ergibt sich diese Spannung aus Verknüpfung von Existenzängsten der Nation mit dem Geschehen auf dem als Schlachtfeld empfundenen Spielfeld? Näher liegt die Vermutung, dass die Emotion durch die bloße Gefahr einer Niederlage ausgelöst wird, die sich individuell nachempfinden lässt.

Um es ganz kurz zu sagen: Es wäre schon möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass in einer kriegerisch-nationalistisch gestimmten Nation diese Stimmung auf Sportereignisse überspringt. Dass umgekehrt durch die Sportereignisse Bereitschaft zu gewaltförmiger Politik aufgebaut wird, ist eher unwahrscheinlich.

Wenn also die meinungsmachenden Schichten der Bevölkerung versucht haben, aus dem Sport Vorhandensein von Nationalbewusstsein und damit verbunden Opferbereitschaft für die Gemeinschaft abzuleiten, zeigt das lediglich an, dass in diesen Kreisen eine solche Stimmung sich ausbreitet.

Die Identifikationsprozesse, die heute mit den Mannschaften des Fußballsports stattfinden, eignen sich hingegen in ihrer Breite nicht umstandslos zu Kriegserfüchtigung und Produktion von Rassismus. Sie sind trotzdem alles andere als harmlos.

Mannschaftsgeist – Gemeinschaftsgeist

Die Identifikation von Bevölkerungsgruppen der BRD mit der Auswahl des DFB kommt ohne Bezug auf das Politische nicht aus. Schließlich kommen nur Staatsbürger in die Auswahl. Der Wettkampfmodus stellt die Mannschaften nach staatsbürgerlicher Zugehörigkeit gegeneinander. Die Idee muss entstehen, dass die Art und Weise, auf die diese Auswahl im Wettbewerb mit anderen Erfolg erringt oder Misserfolg erleidet, Orientierung für die Lösung ganz anders gelagerter sozialer Probleme liefern könnte. Diese gefährliche Schnapsidee, die sich z.B. in der massenhaften Übertragungen der Fachsprache des Fußballs auf ganz andere Bereiche anfindet, verlangt alle Kritik, die sich vernünftig aufbieten lässt.

Der Fußballwettbewerb liefert kein Organisationsmodell der arbeitsteiligen Gesellschaft oder gar der internationalen Beziehungen. Es ist ein Kampfsport. Ein Vertrag über das Ziel der Aktion (z.B. 3:1) ist zwischen den Beteiligten nicht möglich. Die menschliche Erfahrung des Kampfes wird, im organisierten Wettkampfsport eingehetzt, bis zu einem gewissen Grade zivilisiert. Für die einzelnen Athleten gibt es eine Parallele zum Arbeitsleben, besonders im Fußballsport, der persönlichen Einsatz, Zusammenarbeit in der Mannschaft und individuelle Karriere ermöglicht.

Aber selbst in diesen Bezügen ist die Übertragung der sportlichen Erfahrungen der Sportler auf den zivilen Bereich schwierig und misslingt oft.

Vollends irre wird es, wenn die Verbindung des Publikums mit der Mannschaft, besonders ihrem Trainerstab, irgendwie mit den Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den politischen Repräsentanten gezogen wird. Angela Merkel ist nicht die Trainerin, die Bevölkerung der BRD ist keine Mannschaft, die aus einem einheitlichen Geist heraus handelnd zum Erfolg kommt. Diese heute lieber als Spielkultur bezeichnete gleiche Einstimmung der Akteure schließt sie zusammen und befähigt sie, den Gegner zu schlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat aber niemanden zu „schlagen“. Die Probleme des Gemeinwesens werden nicht durch Siege über andere gelöst. Die Übertragung des sportlichen, durch Kampf entschiedenen Leistungsvergleichsverfahrens auf andere gesellschaftliche Bereiche ist zutiefst destruktiv, was bringt schon ein K.O.-Schlag im Eheleben? Zu Recht eine Gefängnisstrafe.

Die Missgriffe der Medienwirtschaft, der Stichwortgeber und der ausführenden Journalistenmasse deuten darauf hin, dass sich in den meinungsbildenden Schichten des Landes ein dummer Erlösungsglaube aufstaut, der die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch eine Produktion von Gemeinschaftsgeist lösen will. Diese Narren beachten nicht, dass Gemeinschaftsbildung die einen dadurch zusammenbindet, dass die anderen ausgeschlossen werden. Wir dürfen hoffen, dass die modernen Fans sich nicht als Fanatiker erweisen und den Unterschied zwischen sportlichem Wettkampf, Politik, Wirtschaft, Familie im Kopf behielten, auch wenn die Presse für eine Zeitlang den Verstand verlor. Dafür gibt es Anzeichen.

Neuerungen im Fußball

Nicht immer in den letzten Jahrzehnten wäre der 3. Platz bei einer FIFA-Weltmeisterschaft als Erfolg gefeiert worden. Tatsächlich wurde in der breiten Öffentlichkeit ein Zusammenhang zwischen der sportlichen Leistung der DFB-Auswahl und der wirtschaftlichen Leistung der BRD gesetzt. Tatsächlich scheint es bei der Ausübung des Fußballsports einen Traditionssprung in der BRD zu geben, den man unter dem allgemeinen Stichwort der Verwissenschaftlichung fassen könnte. So rühmte sich Klinsmann, dass die Auswahl ohne Verletzungen bis ins Viertelfinale gekommen sei. Anscheinend haben es viele Leute satt, als halbe oder ganze Krüppel aus diesem Sport herauszukommen. Es wäre viel gewonnen, wenn zwei Momente, die zur Brutalität des Sports beitragen, gedämpft würden.

Da ist massenhafte, bis in die Leis-

tungsspitze hineinreichende Unkenntnis über die physischen Anforderungen des Spiels. Schlecht trainierte Leute tun sich und anderen weh. Da stehen zum anderen Änderungen von Spielregeln und Austragungsmodus an, die Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit der Mitspieler minimieren.

Auf der falschen Fährte ist hingegen, wer den Verbandssport wegen der damit verbundenen Verwechslungsmöglichkeiten zum politischen System lieber ganz abschaffen würde. Der Sport, und auch der vergleichende Leistungssport setzt die Anerkennung der Teilnehmenden als Gleiche und Gleichberechtigte voraus. Er kann auf rassistischer Grundlage nicht organisiert werden. Eine rassistische Gemeinschaftsbildung ist während dieser FIFA-WM in Deutschland nicht erfolgt, ebenso nicht eine Übertragung der Kampfsituation auf die im Lande anwesenden Anhänger anderer Mannschaften. Eine Selbstverständlichkeit? Jedenfalls ein Tatbestand, den festzuhalten sich lohnt.

maf

* wikipedia: Ein Fan ['fæn] (englisch fan ['fæn], von fanatic = Fanatiker) oder Fanatiker ist ein begeisterter Anhänger einer Person, einer Gruppe von Personen oder einer Sache. Das Wort „Fan“ ist aus dem Englischen in mehrere Sprachen übertragen worden. Wie in diesem Fall ins Deutsche oder fanoušek ins Tschechische. Organisierte Fans finden sich oft in Fanclubs zusammen.

** wikipedia: Euphorie ... Mediziner beschreiben auch subjektives Wohlbefinden Schwerkranker als Euphorie.

Euro-afrikanische NGO-Konferenz

Respektierung des Rechts auf Bewegungsfreiheit!

Am 30.6./1.7. fand in Rabat/Marokko eine euro-afrikanische NGO-Konferenz statt. In Vorbereitung einer Konferenz von Regierungsvertretern der EU und der Afrikanischen Union zu Migrationsfragen (diese wurde am 10./11.7. ebenfalls in Rabat durchgeführt) diskutierten mehr als 150 Delegierte über Bewegungsfreiheit, Ablehnung der Grenzaufstützung, Schließung aller Internierungslager, Annulierung der Rückübernahmeverträge, Legalisierung aller papierlosen Migranten, Schuldenstreichung und andere Forderungen an die Regierungskonferenz. Am Ende der zweitägigen Konferenz verabschiedeten die Delegierten ein Manifest, das wir im Folgenden dokumentieren.

Euro-afrikanisches Nicht-Regierungs-Manifest zu Migrations-, Grundrechten und Bewegungsfreiheit

Wir, Akteurinnen und Akteure von Zi-

vilgesellschaften Subsahara-Afrikas, Nordafrikas und Europas, versammelt zur euro-afrikanischen Nicht-Regierungs-Konferenz am 30. Juni und 1. Juli 2006 in Rabat, entrüstet über den Krieg gegen MigrantInnen, der sich verstärkt von Jahr zu Jahr entlang den Mittelmeer- und Atlantik-Küsten, lehnen die Aufteilung der Menschheit in diejenigen, die sich frei auf dem Planeten bewegen können, und diejenigen, denen das verboten ist, ab. Wir lehnen ebenso ab, in einer Welt zu leben mit mehr und mehr militarisierten Grenzen, die unsere Kontinente teilen und jede Gruppe von Ländern in eine Festung verwandeln wollen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Respektierung dieses grundlegenden Rechts, das die Bewegungsfreiheit ist, was ausgedrückt wird im Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, eine Bedingung und Voraussetzung ist für die Wahrnehmung anderer Grundrechte, und dass Artikel 13, der als ein Grundrecht formuliert, sein Land verlassen zu können, notwendigerweise bedeutet, sich in einem anderen Land niederlassen zu können;

In Anbetracht der Tatsache, dass die aktuellen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nur diejenige der Ärmsten beschränken und nicht nur den Anstieg an Macht von ausländerfeindlichen Nationalismen widerspiegeln, sondern auch die Angst der Eliten vor den beteiligten Bevölkerungsgruppen;

In Anbetracht der Tatsache, dass – im Gegensatz zu vorgefertigten Meinungen und wie es die UNCTAD in ihrem Bericht von 2004 festgestellt hat – es immer noch Afrika ist, das Europa finanziert, während die Differenzen der Einkommen pro Einwohner zwischen Europa und Afrika weiter anwachsen;

In Anbetracht der Tatsache, dass die politischen Sicherheitsideologien glauben machen, dass Migrationen ein Problem und eine Bedrohung sind, während sie seit jeher ein natürliches Phänomen darstellen und dass sie, weit davon entfernt, ein Unheil zu sein für die entwickelten Länder, einen unschätzbarer ökonomischen und kulturellen Beitrag leisten;

In Anbetracht der Tatsache, dass die Sicherheitsmaßnahmen den Migrationsströmen, die durch vielfache Faktoren verursacht werden, kein Ende setzen werden, und dass die historischen Erfahrungen mit der Bewegungsfreiheit von Menschen gezeigt haben, dass diese weder die Souveränität noch die Sicherheit der Staaten beschränkt, die heute viel mehr bedroht werden durch die Bewegungsfreiheit des Kapitals;

In Anbetracht der Tatsache, dass die Respektierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ein Ziel bleibt, dass verfolgt werden muss durch die Verabschiedung von Maßnahmen, die abzielen auf die Einführung

der Bewegungsfreiheit und die Rehabilitation des Asylrechts auf der einen Seite und die effektive Respektierung des Rechts auf Entwicklung auf der anderen Seite;

Fordern wir:

- 1) den Verzicht auf die auf Sicherheit und Repression ausgerichtete Ideologie, an der sich heute die Migrationspolitiken orientieren, besonders auf die „Externalisierung“ des Asyls und der Grenzkontrollen, auf die Kriminalisierung von Migration, ebenso wie auf jedes ausländerfeindliche und diskriminierende Gesetz;
- 2) die Umarbeitung der Migrationspolitiken auf der Basis der Respektierung der Menschenrechte, einer wirklichen Gleichheit der Rechte aller Personen, die auf demselben Territorium leben, und eine sofortige Legalisierung aller MigrantInnen ohne Papiere;

nicht auf eine simple Fiktion zu reduzieren;

9) die systematische Gewährung einer vollständigen Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit und des Schutzes für alle anerkannten Flüchtlinge auf der ganzen Welt;

10) die finanzielle und juristische Umgestaltung des UNHCR in einer Art, dass er effektiv die AsylbewerberInnen und Flüchtlinge schützt und nicht die Interessen der Regierungen, die ihn finanzieren;

11) die Ratifizierung der *Internationalen Konvention für die Wanderarbeiter* und ihre Familien, ihre Einarbeitung in die nationalen Gesetze, die Ratifizierung der Konventionen der ILO und besonders der Konventionen 143 und 97 ebenso wie ihre Umsetzung;

12) dass jede euro-afrikanische Verhandlung auf dem Prinzip der Gleichheit der Gesprächspartner beruht und dass die afrikanischen Führer, die so wenig die Interessen ihrer Bevölkerungen verteidigt haben, ihre Verantwortung voll übernehmen, ganz besonders indem sie die euro-afrikanischen Partnerschaftsabkommen in Frage stellen;

13) die Inkraftsetzung von Mechanismen der Ernährungssouveränität und die Abschaffung von Abkommen, die die Zukunft der afrikanischen Landwirtschaft mit einer Hypothek belasten;

14) die Abschaffung der Auferlegung von Bedingungen an die afrikanischen Länder in den internationalen Verhandlungen, und insbesondere die der vertraglichen Weitervergabe von Arbeit beim Kampf gegen Migrationen;

15) die bedingungslose Annulierung der Schulden der Länder des Südens ebenso wie die Rückführung ihrer Gutshaben auf ausländischen Banken.

Rabat, 1. Juli 2006

Bisher unterzeichnet von Organisationen aus Algerien, Belgien, Benin, Deutschland, Elfenbeinküste, Frankreich, Guinea, Italien, Kamerun, Kanada, Kongo (Demokrat. Republik), Kongo (Brazzaville), Libyen, Luxemburg, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Niederlande, Senegal, Spanien, Tunesien sowie europäischen und Nord-Süd-Netzwerken wie Migreurop, Euromed und Nord/Sud XXI

Weitere Unterzeichnungen an: conferencemigrations@gmail.com



3) die Entkriminalisierung des irregulären Aufenthalts und der Hilfe für Menschen, die zu so einer Art Aufenthalt gezwungen sind;

4) die Annulierung der Rückübernahmeverträge für ausgewiesene Personen und das Aufgeben aller Verhandlungen in diese Richtung durch die Staaten;

5) die Abschaffung aller Visa für kurze Aufenthalte, aller Behinderungen, ein Territorium zu verlassen, und die detaillierte und kontrollierte Rechtfertigung aller Verweigerung von Visa zur Niederlassung mit einer strikten Symmetrie der Ausstellungsbedingungen für AfrikanerInnen und EuropäerInnen für diese Art Visa;

6) die Schließung aller Orte der Inhaftierung und anderer Vorrichtungen zur Blockierung von Menschen an den Grenzen;

7) die Abschaffung aller Maßnahmen, die die Möglichkeiten zur Familienzusammenführung behindern;

8) die vollständige und ehrliche Anwendung aller internationalen Schutzinstrumente, um das Recht auf Asyl

HAMBURG. Am 7. Juli führten rund 30 Menschen mit der Kurdistan-Hilfe eine Kundgebung und Mahnwache vor dem Hermessitz durch. Sie machten darauf aufmerksam, dass derzeit ein Antrag u.a. der deutschen Firma Ed. Züblin auf eine Hermesburgschaft für den Ilisu-Staudamm vorliegt. Dieser von der türkischen Regierung geplante Staudamm, der 2001/2002 schon einmal am Widerstand der betroffenen Bevölkerung und an internationalen Protesten gescheitert war, würde 200 Ortschaften betreffen und mindestens 55.000 Menschen, überwiegend Kurden, zur Umsiedlung zwingen. Nicht zuletzt würde der Staudammbau die einzige aus der Antike und dem Mittelalter in Anatolien/Mesopotamien weitgehend erhaltene historische Stadt Hasankeyf in den Fluten versinken lassen. Bei Gewährung des Hermeskredites würde auch die Bundesregierung für die Zwangsumsiedlung, die Zerstörung eines großartigen Kulturerbes und eines unersetzbaren Ökosystems mitverantwortlich werden. Die Kundgebung und die verteilten Flugblätter stießen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Hermes auf Interesse. *scc, Bild: res*



Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli mit britischem Verteidigungsminister

BERLIN. Die DFG-VK Berlin-Brandenburg wird mit Veranstaltungen am 17. und 19. Juli auf die deutsche Kriegspolitik eingehen. Am 17. Juli findet um 19 Uhr im RAW-Tempel unter dem Titel „20. Juli – Aufstand der Anständigen?“ eine Podiumsdiskussion zur Militärtradition statt. Am 19. Juli folgt eine Informationsveranstaltung zum Thema „Was sucht die Bundeswehr im Kongo?“. Der Besuch des britischen Verteidigungsministers bei seinen deutschen Militärfreunden verdient genau so viel Protest wie der Besuch von US-Präsident Bush, so die DFG-VK. *www.gelobnix.de*

Scharfe Kritik von Initiativen am Bericht des Ombudsrates

BERLIN. Kritik am Schlussbericht des von der Bundesregierung eingesetzten Ombudsrates zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 23. Juni 2006 äußert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI). Auch wenn der Bericht zum Teil die für die Betroffenen schwerwiegenden Missstände, wie die Unverständlichkeit der Bescheide, die zu lange Bearbeitungszeit der Anträge, die schwierige Erreichbarkeit der zuständigen Stellen und die regional unterschiedliche Anwendung der Gesetze benennt, konzentriert er sich zu sehr auf die verwaltungstechnisch-organistische Seite der Leistungsgewährung. So gehe der Bericht insbesondere nicht auf die Probleme der zu geringen Leistungsausgestaltung und die unzureichende Rechtsposition von Leistungsberechtigten ein, so Andreas Geiger, Vorsitzender der BAG-SHI: „Leider erwähnt der Bericht

weder die Probleme, die den Menschen aufgrund der zu niedrigen Ausgestaltung der Regelleistung entstehen, noch die fehlenden Öffnungsmöglichkeiten, beispielsweise für Leistungen im Bereich der Lernmittel oder im medizinischen Bereich. Grundsätzlich zu bemängeln ist, dass die dramatischen Folgen und Auswirkungen der unzulänglich Leistungsgewährung auf die Menschen nicht ausreichend gewichtet werden.“ Die BAG-SHI kritisiert die Tendenz des Ombudsrates, die Ausweitung eines dauerhaften Niedriglohnarbeitsmarktes zu befürworten und die im Bericht erhobene Forderung, das Angebot von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („1-Euro-Jobs“) auszuweiten. Stattdessen fordert die BAG-SHI die Schaffung von existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. *www.bag-shi.de*

Aktionstag gegen Studiengebühren

HAMBURG, WIESBADEN, FRANKFURT A.M. Über 10.000 Menschen demonstrierten am 28. Juni 2006 auf zwei überregionalen Demonstrationen gegen Studiengebühren und gegen Bildungs- und Sozi-



alabbau. In Hamburg kamen rund 4.000, in Wiesbaden 8.000 bis 10.000 Protestierende zusammen.

In Hessen richtete sich der Protest gegen Studiengebühren und gegen die so genannte „Unterrichtsgarantie plus“. Hinter diesem schönen Namen verbirgt sich eine Maßnahme, mit der die hessische Landesregierung reguläre Lehrkräfte durch billige, unqualifizierte Vertretungskräfte ersetzen möchte. Auch auf der Hamburger Demo forderten die Teilnehmer statt Studiengebühren eine solidarische Finanzierung des Bildungssystems insgesamt.

Das Semester geht dem Ende entgegen – die Proteste gehen weiter. Genau das zeigten am 6. Juli rund 5.000 Menschen, die gegen Studiengebühren und für gesicherte Arbeitsverhältnisse in Frankfurt a.M. auf die Straße gingen. Mehrere hundert Leute blockierten anschließend die Autobahn, sie wurde in beide Richtungen für einige Stunden gesperrt. Auch diesmal kam es zu zahlreichen Festnahmen.

Die Demonstration richtete sich nicht nur gegen Studiengebühren, sondern es wird analog zu den französischen Studierenden ein Einsatz für gesicherte Arbeitsverhältnisse verbunden.

Während Druck auf der Straße ausgeübt wird, wird von Studierendenvertretern auch auf anderem Wege gegen Gebühren gekämpft. Der Allgemeine Studierendausschuss (AStA) der TU Darmstadt hat im Auftrag der LandesASTen-Konferenz beim Hessischen Staatsgerichtshof Anzeige gegen die CDU geführte Hessische Landesregierung erstattet. In der Begründung wird der Landesregierung mit der geplanten Einführung von allgemeinen Studiengebühren Verfassungsbruch vorgeworfen. *www.studentsatwork.org*

<http://hessen.uebergebuehr.de>

International Refugee Human Rights Tour auch in Neuburg

NEUBURG/DONAU. Gemeinsam mit anderen Flüchtlingsorganisationen veranstaltet der Bayerische Flüchtlingsrat die „International Refugee Human Rights Tour“, die vom 29. Juli bis 5. August durch Bayern zieht. Während des Aufenthaltes in Neuburg wollen die Organisatoren am 1. August auch eine „Jobparade“ durchführen, um gegen den nachrangigen Arbeitsmarktzugang und die restriktive Vergabe von Arbeits-erlaubnissen zu protestieren. Auf der alten Bundesstraße 16 wird außerdem eine imaginäre Sperre an der Landkreisgrenze zu Ingolstadt errichtet. Ihr Protest richtet sich gegen die Residenzpflicht, also das Verbot, als Asylbewerber die Landkreisgrenze zu verlassen. Flüchtlinge und diejenigen, die sie unterstützen, können am 31. Juli und 1. August auf der Brandlwiese übernachten und sich im Freibad duschen, umkleiden und die Toilette benutzen. Das beschloss der Finanzausschuss der Stadt am 4. Juli gegen die Stimme von Fritz Goschenhofer (CSU). Zelte zum Übernachten steuert der Kreisjugendring bei. *Nach Neubg. Rundschau, 5.7.*

Protest gegen die geplante Abschiebung einer kurdischen Familie

HANAU. Das im Herbst vergangenen Jahres in Hanau gegründete „Bündnis für Bleiberecht“ protestiert aktuell gegen die geplante Abschiebung einer kurdischen Familie. Die vor politischer Verfolgung aus der Türkei geflohene schwerkranke Frau, ihr Mann und Sohn, wohnen seit acht Jahren in Schlächtern im Main-Kinzig-Kreis. Wie ein Sprecher des Bündnisses sagte, sei vor zwei Monaten eine Abschiebeaufordern der Ausländerbehörde Darmstadt ergangen, gegen die der Anwalt der Familie einen Eilantrag gestellt habe. Werde dieser abgelehnt, müsse die Familie zurück in die Türkei.

Das Bündnis für Bleiberecht kämpft für einen gesicherteren Aufenthaltsstatus von geduldeten Menschen, in Hessen mehr als 15.000, die von Abschiebung bedroht sind. 150 Menschen zogen am 3. Dezember letzten Jahres mit einer Demonstration durch die Hanauer Innenstadt rund um den Weihnachtsmarkt und forderten lautstark, dass die von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge hier bleiben sollen. Just am selben Tag stand in der Presse, dass auch der hessische Innenminister Volker Bouffier für eine Bleiberechtsregelung votiere. Da es bei der folgenden Innenministerkonferenz jedoch keinen Beschluss für eine solche Regelung gab, schrieb das Bündnis einen „Offenen Brief“ an Herrn Bouffier. Der Innenminister ließ dem Bündnis antworten, es könne keinen Abschiebestopp geben, „da nicht ge-

klärt ist, zu welchen Regelungen es konkret kommen wird“. Das bedeutet, dass selbst diejenigen, die von einer zu erwartenden restriktiven Altfallregelung begünstigt würden, vorher noch abgeschoben werden könnten. Das Bündnis kämpft weiter für ein gesichertes Bleiberecht der Flüchtlinge. *FAZ, 5.7.2006, www.bleiberecht.info -rst*

Essener Stadtrat will Bleiberecht für langjährig hier lebende Flüchtlinge

ESSEN. Ende Mai beschloss der Essener Stadtrat nur gegen die Stimmen der REP einen Antrag von CDU, SPD, Grüne und FDP, der die Landesregierung auffordert, „langjährig hier lebenden Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein Leben in Deutschland zu ermöglichen.“ Vor dem Hintergrund, dass NRW schon seit längerem auf eine Bleiberechts-Lösung drängt und die Innenministerkonferenz im Herbst 2006 einen Beschluss fassen wird, bittet der Rat das Innenministerium, der Stadt Möglichkeiten aufzuzeigen, schon vorher aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu vermeiden. Gleichzeitig erwartet der Rat von der Ausländerbehörde, dass sie „ihre Möglichkeiten und ihr Ermessen im Sinne dieses Antrages nutzt“.

Der Beschluss ist ein Erfolg der Ratsgruppe der Linkspartei.PDS. Denn der Kern des gemeinsamen Antrages der vier Fraktionen beruhte auf einem Antrag der Gruppe der Linkspartei.PDS, den sie gemeinsam mit DKP und AUF auf die Tagesordnung des Rates gebracht hatte. Der nun gefasste Beschluss ist ein wichtiger Fortschritt in der Auseinandersetzung um ein Bleiberecht und ein deutlicher Fingerzeig an die Ausländerbehörde, sich mit Abschiebungen langjährig geduldeter Flüchtlinge zurückzuhalten. Vor allem die Vertreter der Flüchtlinge aus dem Libanon fühlen sich in ihren Anstrengungen, eine Lösung zu finden, bestärkt.

Gabriele Giesecke

Das Fluglärmgesetz muss geändert werden – Übergabe einer Resolution

RAUNHEIM. Am 23. Juni überreichte eine Delegation aus Kommunen, Umwelt-



verbänden und Bürgerinitiativen von allen großen Flughafenstandorten (u.a. Frankfurt, Berlin-Schönefeld, Berlin-Tegel, München, Hamburg, Köln-Bonn, Hannover, Stuttgart, Düsseldorf etc.) eine Resolution mit der Forderung nach einem Fluglärmgesetz, das diesen Namen wirklich verdient, an verschiedene Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition, die derzeit mit der Ausgestaltung des von der Bundesregierung im Februar eingebrachten Entwurfes des Gesetzes befasst sind, oder deren Wahlkreise an lärmelasteten Flughafenstandorten liegen. Die Delegationsfahrt wurde sowohl von den Organisatoren, der Initiative Zukunft-Rhein-Main und der Fluglärmkommission, wie auch den Bundespolitikern als gelungene Aktion empfunden. Zugesagt wurde von den anwesenden Bundestagsabgeordneten auch die fortlaufende Unterichtung über den Beratungsstand des Gesetzes. *www.flughafen-bi.de*

Berufsverbot nach neuen Forschungsergebnissen aufheben!

HEIDELBERG. Einem Heidelberger Lehrer wird vom Richter eine unzulässige Kritik am deutschen Staat nachgesagt – die am 4. Juli 2006 veröffentlichte Forschungsergebnisse zur NS-Justiz geben dem Betroffenen ein weiteres Mal Recht. Die neuen Forschungsergebnisse der Marburger Wissenschaftler belegen im Bereich der Justiz, was in anderen Bereichen längst erforscht und mit ähnlichen Ergebnissen bekannt ist:

- Die Bundeswehr-Führungsspitze rekrutierte sich aus alten Wehrmachtssoldaten, die Wiedergründung der Bundeswehr geht u.a. auf einen der Initiatoren eines alten Werhmachtstüngels zurück.
- Polizei, Verfassungsschutz, der MAD und BND (Dienst „Gehlen“) sind auf der Grundlage der „Fähigkeiten“ und der Mitarbeit ehemaligen NS-Mitläufers und NS-Verbrecher aufgebaut worden. Juden- und Kommunistenverfolger wurde so erneut mit der Aufgabe betraut, den Staat zu schützen.
- Viele politisch Verfolgte des NS-Regimes fanden sich auf einmal nach dem KPD-Verbot 1958 vor denselben Richtern wieder, die sie früher ins KZ oder in die Todeszellen geschickt hatten.

Mathias Krause, Sprecher des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.: „Wir fordern die sofortige Aufhebung des Berufsverbots und die völlige Rehabilitierung und Entschädigung von Michael Csaszkóczy. Die jetzt veröffentlichten Forschungsergebnisse lassen erneut das Konstrukt zusammenbrechen, mit welchem das Berufsverbot begründet wird und lässt die heutige Justiz wieder einmal im Licht der willigen Vollstrecker der Regierenden erscheinen. Fast könnte man sagen: damals wie heute.“ *www.rote-hilfe.de*

Zusammenstellung: baf

Umwandlung von 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse

Stuttgart. „5000 Chancen. Aktiv für Stuttgart“ heißt das Programm, das der Stuttgarter Gemeinderat für die Einrichtung von 5.000 1,5-Euro-Jobs im vergangenen Jahr beschlossen hat. Die Kriterien waren entsprechend der gesetzlichen Vorgabe: „Die Arbeitsgelegenheiten sollen im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein. Diese Arbeitsgelegenheiten sind so zu organisieren, dass Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen sind und reguläre Beschäftigung nicht gefährdet wird. Der Beirat des Job-Centers gewährleistet die Beachtung des öffentlichen Interesses, der Zusätzlichkeit und der Wettbewerbsneutralität.“

Obwohl die Definition der Zusätzlichkeit im Verständnis des Stuttgarter Verantwortlichen für das JobCenter, des Stadtökonom Föll, alle Scheunentore öffnet – sinngemäß: zusätzlich ist, was im öffentlichen Interesse ist und nicht aus dem Haushalt bezahlt werden kann –, sind bisher statt 5000 nur 203 Arbeitsgelegenheiten in Stuttgart mit 1,5-Euro-Jobbern besetzt worden, davon 94 bei der Stadt Stuttgart. Im Beirat des Job-Centers sitzen der DGB und die IHK und die Handwerkskammern, die alle darauf achten, dass reguläre Arbeitsplätze nicht wegkonkurrenzieren werden.

Anfrage der Linken.PDS

Die Linken.PDS im Stuttgarter Stadtrat hat am 16.5. angefragt: 1. Welche Tätigkeiten an welchen Stellen werden von den in 1,5-Euro-Jobs-Beschäftigten bei der Stadt Stuttgart ausgeführt? 2. Wel-

che Kosten entstehen, wenn diese Stellen in reguläre versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden (berechnet für die jetzt beschäftigten Personen)? 3. Was ist die Differenz zwischen den Kosten von regulären Arbeitsverhältnissen zu den Kosten, die das JobCenter für diese bezahlen muss? (...) 4. Welche gesetzlichen oder sonstigen rechtlichen Vorschriften hindern die Stadtverwaltung, die 1,5-Euro-Jobs in reguläre versicherungspflichtige Tätigkeiten umzuwandeln?

Die Antwort des Kämmerer

Am 7. Juli in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen gab der Stadtökonomer die Antwort. (In Stuttgart ist die Besonderheit, dass die Zuständigkeit für das JobCenter der Sozialbürgermeisterin entzogen wurde. Inzwischen strebt der Kämmerer sogar an, im Zuge eines „vereinfachten Verwaltungsablaufes“ die Fragen zum JobCenter auch nicht mehr im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu behandeln. Die Teilnahme an dessen Sitzungen lehnt er bereits jetzt ab, auch wenn Angelegenheiten seines Geschäftsbereichs behandelt werden.)

Zur ersten Frage: Von den 203 Jobs des Programms sind 94 derzeit bei der Stadtverwaltung besetzt, die meisten im Bereich des Schulverwaltungsamtes und der Sozialverwaltung, zum Beispiel in Schulsekretariaten, in der Schüler-

betreuung, in den Generationenhäusern. Die Tätigkeit wird überwiegend als „Assistenz“ bezeichnet. Der Anteil von Migranten ist weitaus geringer als ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen. Die Teilnahme am Programm ist freiwillig, und die Ablehnung und die Fluktuation sind minimal. Die Stadtverwaltung nennt ihre 1,5-Euro-Jobs „nachhaltig“. Das sind sie allenfalls aus Sicht der Ämter, die diese Arbeit billig anwenden. Für die Jobberinnen und Jobber sind sie nicht nachhaltig. Sie arbeiten oft unter ihrer Qualifikation, können diese also nicht ausbauen oder wenigstens erhalten, und nach sechs, neun oder zwölf Monaten hängen sie wieder beim JobCenter.

Zur zweiten und dritten Frage: Der CDU-Stadtökonomer stellt erwartungsgemäß fest, 1,5-Euro-Jobs seien weitaus billiger als reguläre Jobs – das, obwohl gerade die CDU nicht müde wird zu erklären, die 1-Euro-Jobs seien zu teuer bzw. die Kosten für Alg II viel zu hoch und dass man bei diesen Leistungen sparen müsse. Jetzt kommt Föll also zu der Aussage: Die 1,5-Euro-Jobs in Stuttgart kosten pro Jahr 11.112 Euro, bei Umwandlung in reguläre städtische Arbeitsverhältnisse in Tarifgruppe 3/2 TVöD mit 30 Wochenstunden kämen 22.560 Euro Jahreskosten zustande, also gut das Doppelte.

Diese Eingruppierung stieß bei Sachkundigen aus Sozialverbänden auf Erstaunen. Sie ergibt umgerechnet einen Bruttostundenlohn von ca. 10,30 Euro und ist durch die Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst und das Weihnachtsgeld nicht vergleichbar mit den Niedriglöhnen für einfache Arbeit in der freien Wirtschaft.

Kostenvergleich 1,50-Euro-Job und reguläre Beschäftigung

1,50 Euro Job	1,50 Euro-Job Rechnung Kämmerer	1,50-Euro-Job, eigene Berechnung	1,5-Euro-Job, Berechnung Diakonie	sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	Arbeitszeit 70%, TVöD Gruppe 3/2	Diakonie: 167 Stunden für 7,50 Euro
Regelleistung (ALG II) monatlich	345 €	345 €	345 €	Bruttogehalt monatlich	1.345 €	1.253 €
Kosten der Unterkunft u. Heizung	260 €	355 €	319 €	Arbeitslosenvers. 3,25% (AG)	44 €	41 €
KV-Beitrag	117 €	117 €	125 €	Krankenvers. 6,7% (AG)	90 €	42 €
PV-Beitrag	15 €	15 €	15 €	Pflegeversich. 0,85% (AG)	11 €	11 €
RV-Beitrag	78 €	78 €	40 €	Rentenvers. 9,75% (AG)	131 €	122 €
Trägerpauschale	47 €	47 €	205 €	Zusatzversorgung ca. 9,5 % (AG)	128 €	- €
Mehraufwandsentschädigung = 1,50 Euro für 30 Stunden/Woche	195 €	195 €	195 €			
Fahrtkosten (2 Zonen)	61 €	61 €		Sonderzahlung (Weihnachtsgeld)	1.210 €	- €
Verwaltungskosten Job-Center *)	- €	78 €	150 €	Sozialversicherung für Sonderz.	363 €	- €
Summe	1.118 €	1.291 €	1.394 €	Arbeitgeberbelastung	1.749 €	1.469 €
Jahresrechnung Jobcenter **)	11.112 €	13.188 €		im Jahr	22.561 €	17.622 €
Jahresrechnung Stadt	- €	2.304 €				
Summe Jahr	11.112 €	15.492 €	16.726 €	Summe Jahr	22.561 €	17.622 €

*) errechnet aus folgenden Angaben des JobCenter Stuttgart für 1. Vierteljahr 2006:

Anzahl Bedarfsgemeinschaften 22.079
Kosten Unterkunft u. Heizung 23.513.245 €
Kosten Verwaltung JobCenter 5.187.725 €

**) Jobcenter zahlt die ersten 3 Monate Mehraufwandsentschädigung plus Fahrtkosten, danach zahlt das die Stadt

Zur vierten Frage: Gegen die Einrichtung regulärer Arbeitsverhältnisse sprächen finanzielle Gründe. Rechtliche konnte Föll keine nennen.

Die Linke.PDS hat nachgerechnet ...

... und dem Kämmerer ins Stammbuch geschrieben: „Ihre Rechnung ist sehr interessiert (will sagen einseitig). Die 1,5-Euro-Jobs rechnen Sie heftig billig.“

Zum einen hat Föll die durchschnittliche Kosten für die Unterkunft mit 260 Euro viel zu niedrig angesetzt. Die Sozialverbände rechnen mit durchschnittlich 319 Euro in den Westbundesländern, Stuttgart mit seinen hohen Mieten liegt mit Sicherheit deutlich über dem Durchschnitt. Nach den Zahlen des ersten Quartalsberichts 2006 des JobCenters sind es 356 Euro. Föll hat außerdem „vergessen“, den Verwaltungsaufwand des JobCenters mitzurechnen, macht mindestens 78 Euro im Monat, nach den Angaben der Sozialverbände sogar 150 Euro. Außerdem hat Föll die Zahlungen der Stadt an das JobCenter für die Mehraufwandsentschädigung und die Fahrtkosten von 195 Euro und 61 Euro ab dem vierten Monat weggelassen. Rechnet man das alles dazu, kommt der 1,5-Euro-Job in Stuttgart auf gut und gern 15.500 Euro im Jahr. Zugegeben, das ist immer noch deutlich weniger, als das reguläre Arbeitsverhältnis kostet, eine Umwandlung der 1,5-Euro-Jobs wäre aber ein großer sozialpolitischer Fortschritt.

Würde die Stadt bzw. das JobCenter die 1,5-Euro-Jobs bestimmungsgemäß vergeben, so würden die 1,5-Euro-Jobs auch höhere Betreuungskosten entstehen. Denn in Stuttgart werden vom JobCenter nur Leute ohne Vermittlungs-hemmisse vorgeschlagen. Diese Leute sollten aber mit Hilfe von Eingliederungsmaßnahmen fit für den ersten Arbeitsmarkt gemacht werden. Die 1-Euro-Jobs sind für solche Leute gedacht, die wegen Vermittlungshemmissen auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Würden sie in das Programm genommen, müssten Betreuungskosten aufgewendet werden und man wäre auch in Stuttgart bei den Zahlen, welche die Sozialverbände als Kosten für die 1-Euro-Jobs zu Grunde legen, die auf Jahresgesamtkosten von 16.700 Euro kommen.

Die Rechnung der Sozialverbände

Die Sozialverbände machen einen Vorschlag, bei dem 1-Euro-Jobs auf einem zweiten Arbeitsmarkt für spezielle Tätigkeiten in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten umgewandelt werden sollen. Dazu werden die Gelder, die jetzt von den Städten und vom Bund für Alg II, Kosten der Unterkunft, Mehraufwandsentschädigung und Betreuung aufgewendet werden, für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen

eingesetzt. Rechnet man ein, dass der regulär Beschäftigte sowie der Arbeitgeber deutlich mehr als das JobCenter für den 1-Euro-Jobber in die Sozialversicherungen einzahlen, so hat man einen Rückfluss bei der öffentlichen Hand, der zu einer deutlichen Verbilligung von regulären Stellen gegenüber den 1-Euro-Jobs führt.

Die Diakonie nennt ihren Vorschlag Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) und hat bei einer Beratung der Sozialverbände Anfang Juli der Regierung bereits vorgestellt. Sie schlägt Tätigkeiten im Sozialbereich (also auch in ihrem eigenen) vor und will einen Bruttolohn von 7,50 Euro und 167 Stunden Arbeit im Monat.

Zur Realisierung dieses Vorschlags wie überhaupt für alle Modelle der Umwandlung von Alg-II- in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, muss die Gesetzesgrundlage geändert werden, damit im Bundeshaushalt vorhandene Passivleistungen (Zahlungen für ALG II und Unterkunft etc.) einseitig mit Aktivleistungen (Zahlungen für Eingliederung und Arbeitsmaßnahmen) deckungsfähig werden, d.h. aus dem einen Topf für den anderen bezahlt werden darf.

Der Vorschlag der Diakonie wäre eine Form, wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – den auch die Linkspartei.PDS schon lange fordert – umgesetzt werden könnte. Die Bundesregierung hat schon angekündigt, dass sie im Herbst über solche Fragen diskutieren will. Auch eine Klärung der Frage der Deckungsfähigkeit hat Müntefring bereits angekündigt.

Ebenso steht zur Entscheidung an, wer in Zukunft in den JobCentern, Arbeitsgemeinschaften oder wie immer die Konstruktionen heißen, das Sagen hat. Die Leiterin der Arbeitsagentur Baden-Württemberg will die Entscheidungshoheit zurück haben, die Kommunen sollen nur zuarbeiten und sich ihre Leistungen bezahlen lassen. Die Kommunen, so auch Stuttgart, wollen allein Herr im Hause JobCenter werden. Das Argument, dass die Kommunen am besten ausbalancieren können zwischen einem zweiten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und der Sicherung des örtlichen Handwerks und Mittelstandes, ist dabei sicher zu beachten.

Die gesamte Linke muss sich also mit solchen Rechnungen und den verschiedenen Vorschlägen rechnerisch und politisch genau auseinandersetzen, um selbst ein soziales und umsetzbares Konzept zu entwickeln. *Ulrike Küstler*

(Quellen: Anfrage 165/2006 der Linken.PDS in Stuttgart und Antwort darauf in Gemeinderatsdrucksache 510/2006 siehe www.stuttgart.de/pds, Positionspapier der Diakonie „Option sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“; Positionspapier „Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements als Alternative zu 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten“ Bielefelder Arbeitskreis „1-Euro-Jobs und gemeinnützige Organisationen“ bi-buergerwache@t-online.de

Linke.PDS, DKP und AUF bilden gemeinsame Fraktion im Rat der Stadt Essen

Experiment erfolgreich gestartet

Ob das Experiment geglückt ist, wird man erst in einiger Zeit sagen können. Fest steht, dass die Bildung einer gemeinsamen Ratsfraktion von Linkspartei.PDS, DKP und der Wählergemeinschaft „Essen steht AUF“ nach längeren Verhandlungen einen guten Start gehabt hat. Auch die WASG ist beteiligt. Grundlage der Arbeit sind eine politische Erklärung und eine Vereinbarung. Sie lassen die Hoffnung zu, dass linke Opposition im Rat in Zukunft besser umgesetzt werden kann. Die Fraktionsbildung wurde von Mitgliederversammlungen der Linkspartei.PDS Essen, der DKP und AUF jeweils einstimmig genehmigt und am 19.6.2006 gegenüber dem Oberbürgermeister erklärt.

Die Essener Linke zog bei den Kommunalwahlen 2004 gestärkt in den Rat ein. Die Stärkung schlug sich bei der PDS allerdings nur in der Stimmenanzahl von 3,1 % (1999: 2,5 %) und in zusätzlichen Mandaten in den Bezirksvertretungen nieder, nicht bei den zwei Ratsmandaten. Die DKP und die neu gebildete Wählergemeinschaft „Essen steht AUF“ erhielten jeweils 0,8 % der Stimmen und erstmals je ein Ratsmandat. Nach der Gemeindeordnung NRW sind für eine Fraktionsbildung in Essen bei einem Rat mit 83 Mitgliedern vier Ratsmitglieder zwingend erforderlich.

Trotz regelmäßiger Absprachen über die Arbeit im Rat hat der Kreisverband der Linken.PDS Verhandlungen über eine Fraktionsbildung nicht übers Knie gebrochen. Vor allem gegen AUF gab es erhebliche Vorbehalte gab. AUF wurde von der MLPD initiiert. Außerdem war klar, dass es im Verständnis der Ratsarbeit auch grundsätzliche Unterschiede gibt. Nach dem guten Ergebnis der Linkskandidatur bei der Bundestagswahl begannen die Verhandlungen über die Fraktionsbildung im Februar 2006, von Anfang an gemeinsam mit der WASG. Sie wurden von uns wie Koalitionsverhandlungen auf inhaltliche Vorhaben hin geführt. Dabei ist letztlich so viel Übereinstimmung zustande gekommen, dass die Fraktion in den kommenden gut drei Jahren der Wahlperiode nicht nur „Nein“ sagen kann, sondern zumindest an einigen Punkten Alternativen entwickeln kann.

Die neue Fraktion ist mit beratender Stimme in allen 13 Ratsausschüssen vertreten, im Haupt- und Finanzausschuss und im Planungsausschuss auch mit Stimmrecht. 4 Ausschüsse wurden auf Vorschlag der Linkspartei besetzt, 3 auf Vorschlag der WASG, 3 auf Vorschlag der DKP und 3 auf Vorschlag von AUF. Zur Fraktionsvorsitzenden wurde die

Volksinitiative gegen LEG-Privatisierung: DÜSSELDORF. Am 27.6.2006 startete in Düsseldorf offiziell die seit längerem geplante Volksinitiative gegen die Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Nordrhein-Westfalen. Damit soll der Absicht der schwarz-gelben Landesregierung, die LEG zu verkaufen, Einhalt geboten werden. 66.000 Unterschriften werden benötigt, um eine Landtagsdebatte zum Thema zu erzwingen.

Dem Aktionsbündnis „Zukunft der LEG“ als Trägerkreis gehören mit der Landesarbeitsgemeinschaft der LEG-Mieterbeiräte, dem Landesverband NRW des Deutschen Mieterbundes, dem Mieterforum Ruhr, dem Betriebsrat der LEG und der Gewerkschaft ver.di wichtige Organisationen an. Zum Unterstützerkreis gehören neben dem DGB Landesbezirk NRW, Linkspartei.PDS und WASG auch die beiden Oppositionsparteien im Landtag, SPD und Bündnis 90/Grüne. Sie wollen dazu beitragen, Druck gegen einen Verkauf aufzubauen. Der Landtag müsste einem Verkauf der LEG nämlich nicht zustimmen, die Landesregierung kann allein entscheiden. Für die SPD ist die Unterstützung der Volksinitiative ein Linien-Schwenk, denn vor wenigen Jahren gab es auch in der SPD-geführten Landesregierung Überlegungen, die LEG zu verkaufen.

Wichtigste Triebkraft des Protestes gegen den geplanten Verkauf ist die Tatsache, dass die LEG über 120.000 Wohnungen in NRW besitzt. Sie stammen aus ehemals gemeinnützigen Wohnungsbeständen und sind nach wie vor vergleichsweise preiswert. Die LEG hatte beim Zusammenbruch der Neuen Heimat große Wohnungsbestände dieser Wohnungsbaugesellschaft übernommen, um sie nicht dem freien Markt zu unterwerfen. Diese Wohnungen sollen in öffentlicher Hand bleiben, um Einfluss zu nehmen auf Mietstandards und Miethöhe. In diesem Sinne enthält der Text der Volksinitiative auch einen Aufruf an die Kommunen, ihre Wohnungsbestände zu erhalten.

Den rund 1.000 Beschäftigten der LEG geht es natürlich auch um ihren Arbeitsplatz. Die LEG hat neben der Wohnungsbewirtschaftung wichtige Aufgaben bei der Planung und Ausführung von Landesbauvorhaben. Wer diese Aufgaben übernehmen soll, ist völlig unklar.

Schließlich unterstützt die Volksinitiative die Forderung nach Beibehaltung der Kündigungssperrfristverordnung. Durch diese Verordnung hat das Land NRW im Jahre 2004 die gesetzlichen Standards für Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erhöht. Sie gewährt in 105 Städten und Gemeinden

bei Eigenbedarfskündigungen statt drei Jahre sechs oder sogar acht Jahre Schutz. Diese Verordnung will die CDU-FDP-Landesregierung kippen.

Wolfgang Freye

Infos: www.volksinitiative-leg.de

Bürgerbegehren gegen Wohnungsverkauf: FREIBURG/BR. Mit großer Freude und Genugtuung hat die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ zur Kenntnis genommen, dass die Stadtverwaltung Freiburg das Bürgerbegehren als erfolgreich anerkannt hat. Die Bürgerinitiative hat mittlerweile über 27.700 Unterschriften gesammelt und wird weiter sammeln, bis der Gemeinderat am 18.7. das Bürgerbegehren formell für erfolgreich erklärt und den Termin für den Bürgerentscheid festsetzt. Die Bürgerinitiative hält den von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Termin 12. November für sinnvoll und unterstützt diesen Vorschlag. Die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ bedauert und kritisiert, dass die Stadtverwaltung die zahlreichen Unterschriften von „Nicht-EU-Ausländern“ aufgrund des bestehenden Kommunalwahlgesetzes für ungültig erklären musste und vertritt die Auffassung, dass es recht und billig wäre, wenn alle BewohnerInnen und alle EinwohnerInnen unserer Stadt zur Wahl gehen könnten.



Bild: In Freiburg fand am 8. Juli ein Sternmarsch und eine Kundgebung gegen den geplanten Verkauf von über 8.900 städtischen Wohnungen statt, an der sich ca. 2.000 Menschen beteiligten.

www.stattweb.de

Verzicht auf Privatisierung der Abwasserentsorgung: FÜRTH. Nach intensiven Bemühungen des „Fürther Wasserbündnisses“ verzichtet die Stadt auf eine Privatisierung ihrer Abwasserentsorgung. Der Stadtrat sprach sich einstimmig dafür aus, den Forderungen eines Bürgerbegehrens (13.000 Unterschriften) nachzugeben. Zuletzt war es allerdings gar nicht mehr um

diese „große“ Variante der Privatisierung gegangen. Erwogen wurde von der Stadtspitze nur noch, die Stadtentwässerung vom Tiefbauamt zum kommunalen Energieversorger infarfürth zu verlagern – ohne Beteiligung eines Dritten. Davon versprach man sich noch immer ein effizienteres Wirtschaften und entsprechende Einsparungen. Doch auch dies lehnte das Wasserbündnis ab, weil es einen späteren Einstieg von Konzernen befürchtete. Genährt wurde die Sorge vom Umstand, dass der Energieriese E.ON bereits Anteile am Stromsektor der infarhält. www.wasserbuendnis.fuerth.org

Bürgerentscheid gegen Privatisierung kommunaler Verkehrsbetriebe:

PFORZHEIM. Seit zwei Jahren kämpft das Aktionsbündnis „Busse weiter in Bürgerhand“ (BiB) in Pforzheim gegen die geplante Privatisierung der kommunalen Verkehrsbetriebe. Am 23. Juli 2006 entscheiden nun die BürgerInnen über die von der Stadt initiierte Privatisierung der städtischen Verkehrsbetriebe (SVP) an den französischen Connex/Veolia Konzern. Mit zwei komplett gesammelten Bürgerbegehren ging die Bevölkerung hiergegen an und hat endlich den 1. Bürgerentscheid über eine Privatisierungsmaßnahme in Baden-Württemberg und den 1. Bürgerentscheid in der BRD zur Privatisierung kommunaler Verkehrsbetriebe erzwungen.

www.bib-pforzheim.de

BürgerInnenbegehren zum Bethanien erfolgreich:

BERLIN. Am 5. Juli 2006 erklärte das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg den Erfolg des BürgerInnenbegehrens zum Bethanien. (14.000 Unterschriften). In den nächsten beiden Monaten wird über die Realisierung der Forderungen des BürgerInnenbegehrens verhandelt: „1. Verbleib des Bethanien-Hauptgebäudes in öffentlichem Eigentum. 2. Verwirklichung eines offenen kulturellen, sozialen, künstlerischen und politischen Zentrums. 3. Errichtung eines selbstverwalteten interkulturellen EinwohnerInnen-Forums als öffentliche Einrichtung. 4. Verbleib der derzeitigen NutzerInnen im Haus. 5. Übergabe zur Bewirtschaftung und Verwaltung an einen gemeinnützigen Träger.“

<http://bethanien.info>

Bürgerhaushalt – Partizipative Budgets in Europa: Bürgerhaushalte und Ansätze zur Demokratisierung der Haushaltspolitik in deutschen und europäischen Kommunen behandelt die umfangreiche Studie, die später in kürzerer Fassung erscheint: www.ar-drd.org/IMG/pdf/bp_europe-2.pdf

Zusammenstellung: baf

bisherige Sprecherin der Ratsgruppe der Linkspartei.PDS gewählt, Gabriele Giesecke. Auch die Bürgerliste Nord, die in zwei Bezirksvertretungen vertreten ist, ist eingebunden, so dass die Ratsfraktion direkte Verbindungen zu sieben der neun Essener Bezirksvertretungen hat.

Funktionieren und überleben wird die Fraktion nur, wenn es tatsächlich gelingt, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, Erklärung und Vereinbarung mit Leben zu füllen und Perspektiven über die nächste Kommunalwahl hinaus zu entwickeln. Insofern ist die Fraktionsbildung ein Element. Eine der letzten Hürden war der Name. Heraus kam etliche Berührungsängste und der Nicht-Name Die Linke./DKP/AUF. Die Presse sieht das nicht so eng und spricht meist von der Linken im Rat, der Vereinigten Linken oder ähnlichem, der Oberbürgermeister von der Linksfraktion.

Wolfgang Freye

Aus der Erklärung zur Bildung einer gemeinsamen Ratsfraktion von Die Linke.PDS, DKP und Essen steht AUF

Gemeinsam für soziale Alternativen in Essen!

Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF im Rat der Stadt Essen repräsentiert ein breites Spektrum sozialer und linker Kräfte in unserer Stadt ... Wir schließen uns zu einer Fraktion zusammen, weil wir der Auffassung sind, dass so die gemeinsamen Positionen und die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler wirkungsvoller vertreten werden können ...

Uns eint die Opposition gegen Neoliberalismus und Sozialabbau ... Das schließt sowohl Widerstand gegen eine

Aus dem Fraktionsvertrag von Die Linke.PDS, DKP und AUF

... Für die gemeinsame Fraktionsarbeit gelten folgende Grundsätze:

1. Die Fraktion arbeitet nach dem Konsensprinzip. Abweichendes (Abstimmungs-) Verhalten ist zulässig ... Abweichende Positionen sollen vor Entscheidungen jedoch erörtert werden. In welcher Weise sie dargelegt werden, wird in der Fraktion besprochen.
2. Für grundsätzliche politische Stellungnahmen im Namen der Ratsfraktion ist Einvernehmen herzustellen. Die für einen Bereich verantwortlichen Mitglieder der Fraktion können sich im Rahmen der Beschlusslage selbstständig äußern ...
3. Der/die Fraktionsvorsitzende und zwei Stellvertreter/innen werden für den Zeitraum von einem Jahr von den Ratsmitgliedern gewählt. Die drei im Rat vertretenen Parteien/Wählergemeinschaften müssen dabei berücksichtigt werden ...
4. Die Fraktion unterhält eine gemeinsame Fraktionsgeschäftsstelle ... Die Stellen, ihre Aufteilung und die Aufgaben in der angestrebten gemeinsamen Fraktionsgeschäftsstelle werden einvernehmlich in einer Geschäftsord-

nung festgelegt ...

5. Die zur Verfügung gestellten Sach- und Finanzmittel werden einvernehmlich, sachgerecht und sparsam auf der Grundlage des jährlich zu verabschiedenden Finanzplans für die Fraktionsarbeit verwendet ...

Aus den Mitteln, die nicht für die unmittelbare Geschäftsführung nötig sind, wird jedem der vier Ratsmitglieder ein persönlicher Fonds für eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt ...

6. Die Fraktionsitzungen finden bis auf Weiteres regelmäßig wöchentlich statt ...

Stimmberechtigte Mitglieder der Fraktion sind die Ratsmitglieder, die Ausschussmitglieder und ggf. ihre Vertreter. Die Bezirksvertreter der Linkspartei.PDS und auf Wunsch der Bürgerliste Nord nehmen beratend teil. Die Fraktionsitzungen sind grundsätzlich öffentlich ...

7. Zur öffentlichen Beratung von Schwerpunktthemen und Diskussion der Arbeit der Fraktion sowie zur Rechenschaftslegung gegenüber Wähler/innen und engagierten Bürger/innen führt die Fraktion regelmäßig Foren als offene Diskussionsveranstaltungen durch ...

Grüne Ratsmehrheit zu entwickeln ...

Schwerpunkte unserer Arbeit sind in nächster Zeit:

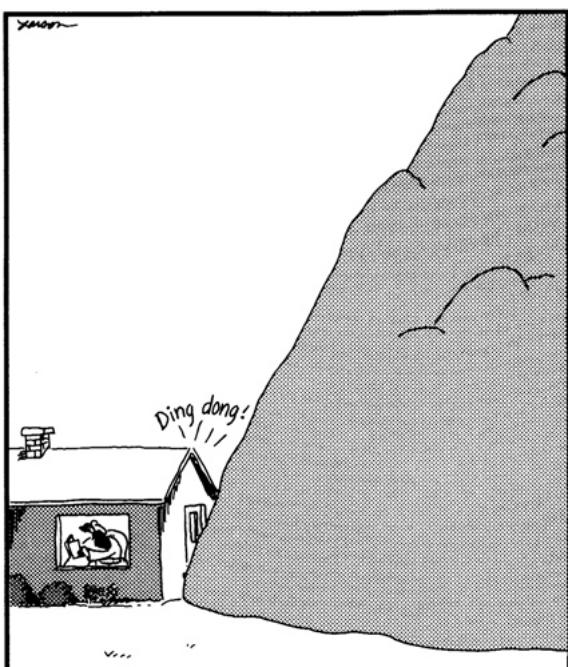
- Wir kämpfen weiterhin für die Rücknahme von Hartz IV, das für die Betroffenen Armut und Demütigung per Gesetz bedeutet. Im Stadtrat heißt das für uns, dass wir uns für jede konkrete Maßnahme einsetzen, die zur Verbesserung der Lage der Betroffenen führt, wie z.B. die vollständige Übernahme von Wohnungs- und Heizungskosten. Zwangsumzüge und 1 Euro-Jobs lehnen wir ab.

Wir sind für die Einführung eines Jobtickets bzw. Sozialpasses.

- Im sozialen Bereich, bei Bildung, Gesundheit und Pflege, beim öffentlichen Nahverkehr, im Wohnungsbau und Umweltschutz ist ein erheblicher Bedarf an Arbeit vorhanden. Deshalb sind wir dafür, dass die Stadt alles ihr mögliche tut, um qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen ...

Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Stadt, auch bei ihren Beteiligungsunternehmen. Dabei ist mindestens die vom DGB geforderte Ausbildungsklausur von 7 Prozent einzuhalten.

- Wir treten für eine soziale, auf Nachhaltigkeit und Qualität zielende Stadtentwicklung ein. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf gute und preiswerte Leistungen der Daseinsvorsorge. Darum lehnen wir die weitere Privatisierung von kommunalen



Wieder läutete es. Mohammed, dessen Frau in der Stadt war und der keine Besucher erwartete, wurde langsam nervös.

→ Dienstleistungen und Einrichtungen ab

- Guter und bezahlbarer Wohnraum ist existenziell für alle Menschen. Wir sind strikt gegen den Ausverkauf von Wohnungsgesellschaften in öffentlicher Hand. Wir setzen uns für den öffentlichen Wohnungsbau ein.

Wir sind dafür, alten- und behindertengerechtes und generationenübergreifendes Wohnen mehr zu fördern und den Gedanken des genossenschaftlichen Wohnens wieder zu beleben ...

- Wir fordern die flächendeckende Schaffung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir sind für ein flächendeckendes Angebot an gebundenen Ganztagschulen mit qualifiziertem Bildungs- und Betreuungsangebot.

Die Horte müssen an die Schulen gebracht werden und dürfen nicht geschlossen werden, solange es keinen gleichwertigen Ersatz gibt.

- Essen und das Ruhrgebiet werden im Jahre 2010 „Kulturhauptstadt Europas“. Wir treten für die Förderung einer Breitenkultur ein, die für jeden offen und bezahlbar ist. Geschlossene Stadtteilbibliotheken und die Verteuerung der Volkshochschulkurse passen nicht dazu ... Leuchtturmprojekte und Metropolen-Wahn halten wir für eine Pervertierung des Gedankens der Kulturhauptstadt.

- Um die Handlungsmöglichkeiten der Stadt zu erweitern, treten wir für eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze der Stadt ein. Wir sind für eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen finanziell in die Lage versetzt, ihre Aufgaben wahrzunehmen ...

Allen Versuchen, mit der geplanten Reform der Gemeindeordnung die kommunale Selbstverwaltung und demokratische Rechte noch weiter einzuschränken, treten wir entschieden entgegen.

- Wir treten für mehr Transparenz und mehr direkte Demokratie bei kommunalpolitischen Entscheidungen ein. Deshalb befürworten wir einen Beteiligungshaushalt. Als ersten Schritt streben wir eine Bürgerbeteiligung an Haushaltsfragen auf Bezirksebene an.

Wir wenden uns gegen Korruption, private Vorteilsnahme von Ratsvertretern und fordern die Offenlegung aller Bezüge aus Ratstätigkeiten.

- Wir wollen gleiche Rechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner ... Wir kämpfen gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung. Rechtsradikale Propaganda darf nicht toleriert werden. Wir setzen uns für ein Bleiberecht von in Essen lebenden „Geduldeten“ und „Illegalen“ ein und sind für Initiativen zur Verbesserung der Situation der „Illegalen“.

Integration ist keine Einbahnstrasse.
Auch muttersprachlicher Unterricht
muss gefördert werden.

Die Kampagne für gesetzlichen Mindestlohn rief am 26. Juni den Kommentarchef der Financial Times Deutschland auf den Plan.

Mindestlohn „für Professorensöhne“?

Unter der Überschrift „Steuern auf einfache Arbeit“ entfaltet Christian Schütte folgende Argumentation¹: Mit einem gesetzlichen Mindestlohn werde im Prinzip eine Sondersteuer von den Arbeitgebern erhoben, die Niedriglohn-jobs anbieten. Diese Steuereinnahmen würden sodann wie eine staatliche Sozialleistung an die Niedriglohnempfänger transferiert. Von einer Sozialleistung sei zu verlangen, dass sie ein zielgenaues Hilfsprogramm für Arme sein muss. Diese Zielgenauigkeit lasse sehr zu wünschen übrig, alldieweil die meisten Empfänger überhaupt nicht arm seien. Nur 17% der Geringverdiener (Stundenlohn unter 7,50 Euro) leben laut Schätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in einem als arm zu bezeichnenden Haushalt, der Anspruch auf ALGII oder Sozialhilfe habe². Die übrigen kämen aus „besser gestellten Haushalten“ und seien überhaupt nicht auf Existenz sichernde Einkommen angewiesen. Dies erkenne man auch an der Tatsache, dass die meisten Niedrigstlöhner nur Teilzeit und nicht Vollzeit arbeiten. Und am Ende würden von den 17% wirklich Armen noch etliche aufgrund steigender Arbeitskosten arbeitslos.

Um von hinten anzufangen: Tatsächlich werden die Kosten für einfache Handarbeit und zahlreiche personen-



nahe Dienstleistungen aufgrund des Mindestlohnes steigen. Sofern die Überwälzung auf die Preise gelingt, werden dies aber nicht die Arbeitgeber, sondern die Konsumenten, d.h. vor allem die übrigen Lohnabhängigen tragen. Um im Bild zu bleiben: Mindestlohn ist keine Gewinnsteuer mit kombiniertem Sozialtransfer, sondern eine Konsumsteuer, eine in Preisen ausgedrückte gesellschaftliche Wertschätzung für diese Arbeiten und ihre Produkte daher Voraussetzung und Folge des Mindestlohns.

Sofern die Überwälzung aufgrund Konkurrenz etwa aus Schwellenländern nicht gelingt, entfallen tatsächlich Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, dafür können diese Länder wirtschaftlich aufholen, der Druck auf Produkt- und Prozessinnovationen in Deutschland steigt und damit die Nachfrage

nach qualifizierter Arbeit. Gleches gilt bei Verdrängung der verteuerten Handarbeit durch Rationalisierungsinvestitionen.

Klar: statt schockartig muss der Mindestlohn unbedingt stufenweise eingeführt werden, um Zeit zur Anpassung zu geben, die 7,50 Euro dürften angesichts der tatsächlich gezahlten Niedrigstlöne eher eine Zwischenetappe als ein Ausgangspunkt sein.

7,50 Euro die Stunde, bei 173 Stunden knapp 1300 Euro brutto und 940 Euro netto, davon kann bei Vollzeitarbeit ein allein stehender erwachsener Mensch vielleicht knapp leben. Die Pfändungsfreigrenze liegt jedenfalls bei 985 Euro. Schon ein Kind ruft wieder gesellschaftlichen Subventionsbedarf hervor. Das IW und mit ihm der Financial Times-Kommentator behaupten nun, es gäbe kaum Nachfrage nach Arbeitsplätzen mit derart Existenz sichernden Löhnen, im Gegenteil: „Wer zu einem niedrigen Stundenlohn arbeitet und selbst keine weiteren Einkünfte erzielt, der kann ebenfalls ganz gut über die Runden kommen – wenn er einen Partner hat, der anständig verdient. Das ist in Deutschland keine Seltenheit.“³ Auch der „gut situierte Professorensohn, der stundenweise kellnert oder Regale im Supermarkt einräumt, kann auf diese Weise rein statistisch zum ‚working poor‘ werden.“⁴

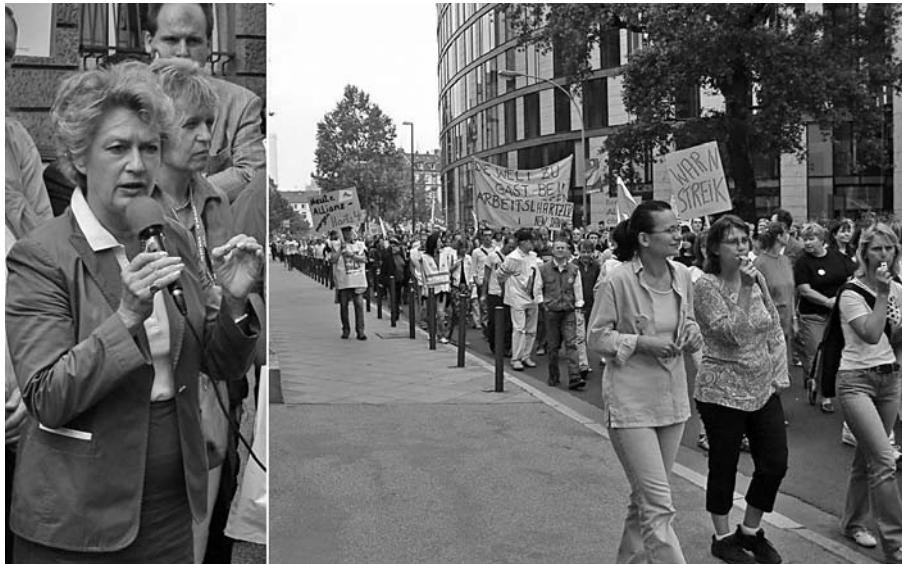
Auch wenn der Kolumnist und das IW geschlechtsneutrale Begriffe verwenden, so wirkt hier doch die Vorstellung des männlichen Alleinernährers, dessen Frau „dazu“ verdient. Bei besser Verdienenden noch darstellbar, bei ärmeren nur bei weiteren Einkommensquellen. Folgt man dennoch der Argumentation, die Teilzeitarbeit beweise, die meisten Niedriglöhner seien nicht auf Existenz sichernde Vollzeitarbeit angewiesen, so ergibt sich bei einer gesetzlich verordneten Anhebung auf Mindestlohn, dass diese ihre Arbeitskraft nicht mehr im bisherigen Umfang zur Verfügung stellen brauchen, um den gewünschten „Zuverdienst“ zu erzielen. Der kellnernde Professorensohn vollzieht einen Teirlückzug vom Arbeitsmarkt und eröffnet der wahren Zielgruppe neue Beschäftigungsmöglichkeiten und damit die Möglichkeit einer selbständigen Existenz. *gst*

¹ Christian Schütte in Financial Times Deutschland vom 26.06.2006, S. 26

2 http://www.mindestlohn.de/aktuell/steilvorlage_mindestlohn/pressemitteilung_iw.pdf. Das IW bezieht sich in seiner Pressemitteilung Nr.23/2006 auf Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)

3 IW Pressemitteilung, a.a.o.

4 Financial Times Deutschland, a.a.o.



FRANKFURT. Mit OB Petra Roth (Bild links) an der Spitze demonstrierten am 28.6. über 1000 Allianz-Beschäftigte gegen die Rationalisierungspläne ihres Vorstandes. 5700 von 30 700 Vollzeitstellen sollen in Deutschland gestrichen werden, weitere 2480 bei der Tochter Dresdner Bank. 10 von 21 Niederlassungen werden völlig geschlossen: Magdeburg, Dortmund, Köln, Aachen, Mainz, Mannheim, Freiburg, Ulm und Augsburg. Nürnberg, Frankfurt und Stuttgart werden drastisch reduziert. Massive Stellenstreichungen sind auch geplant bei Ergo (2000), Generali (über 1000), Zürich (1000), Wüstenrot & Württembergische (1000), Karlsruher (750). Zu den Tausenden, die ihre Arbeit verlieren, kommen noch mehr, die umziehen müssen.

Neben der Dresdner verkündete auch die Commerzbank einen Abbauplan von 900 Stellen mit Schließungen in 8 Städten, die Bausparkasse Wüstenrot schließt 9 der derzeit 19 Filialen, die Deutsche Börse bietet 1000 ihrer 3000 Beschäftigten als Opfer einer europäischen Fusion. In manchen Großstädten künftig keine Beschäftigung mehr im Finanzbereich – mitten im Aufschwung der Weltwirtschaft und bei schwarzen Zahlen riecht das stark nach Strukturkrise. OB Roth: „Wir geben das Steuergeld der Bürger für die Infrastruktur in Frankfurt aus, die ein solches Unternehmen braucht, um erfolgreich sowohl regional wie global zu operieren. Dafür werden wir jetzt mit Arbeitsplatzabbau belohnt.“ In NRW protestiert Wirtschaftsministerin Christa Thoben persönlich gegen die Standortschließung Köln, bisher erfolglos.

Hessischer Einzelhandelsverband gründet Bündnis für Ladenschluss. FAZ, Di. 4.7.06. Gewerkschaften, Kirchen, Sport- und Frauenverbände sollen gewonnen werden für ein Bündnis für Ladenschluss in Hessen, so der Präsident des hessischen Einzelhandelsverbandes, F. Albrecht und steht damit in vollständigem Widerspruch zum Vorhaben der hessischen Landesregierung, die gleich nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf einbringen will, mit dem das Einkaufen unter der Woche rund um die Uhr möglich werde. Zwar habe sich auch der Hauptverband des deutschen Einzelhandels für die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen, doch müsse er als Präsident des hessischen Verbandes respektieren, dass 93 % seiner Mitglieder dagegen seien. Kleine Betriebe würden darunter besonders leiden. Einkaufen bis 20 Uhr reicht völlig aus. Das zeigten auch die Erfahrungen während der Fuball-WM.

Deutscher Autoherstellerverband fürchtet Nachlass-Bazillus. FAZ, Fr. 7.7.06. Die Autos auf Deutschlands Straßen seien mittlerweile 96 Monate alt dies sei ein neuer Höchstwert. VDA-Präsident B. Gottschalk tritt deshalb für eine Kfz-Steuer ein, die hohen CO₂-Ausstoß bei Fahrzeugen bestraft. Diese würde einen vernünftigen Antrieb schaffen, damit mehr Deutsche ihr Alt-fahrzeug durch ein neues effizienteres Auto ersetzen. Derzeit grassiere der Nachlass-Bazillus: viele Käufer warten ab und hofften auf höheren Rabatt beim Autokauf, deshalb stagnierten die privaten Verkäufe.

Kassenverbände kritisieren Gesundheitsreform. FAZ, Mi. 5.7.06. Die Spitzenverbände der Krankenkassen kritisieren, die Reform des Gesundheitswesens der Regierung sei kein Fortschritt. Insbesondere beinhaltet sie keine Lösung für die in den nächsten Jahren anwachsende Finanzierungslücke in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das belege schon die von der Politik angekündigte notwendige Beitragssatzanhebung. Ob die 0,5 Prozentpunkte ausreichen werden, muss nach den Berechnungen des Schätzerkreises der GKV bezweifelt werden, heißt es. Den Gesundheitsfonds nennen die Kassen ökonomisch und sozialpolitisch unsinnig. Er führe zu Mehrbelastungen der Versicherten, mehr Verwaltungsaufwand und -kosten sowie unnötiger Bürokratie. Er stelle zudem die falschen gesundheitspolitischen Weichen in bezug auf den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gewinner der Reform sei die private Krankenversicherung. Denn deren Versicherte müssten sich nach wie vor nicht an der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen.

Presseauswertung: rst



FRANKFURT. Die 15,7 Mio. Eigentümer der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken können auch für das Jahr 2005 eine durchschnittliche Dividende von 5,3% auf ihre Genossenschaftsanteile erwarten – zum Vergleich: die Deutsche Bank schüttete für 2005 2,50 Euro je Aktie aus, das ist bei einem Kurswert von ca. 80 Euro eine Dividendenrendite von 3%. Da ist es schon ziemlich unverschämt, dass die Genossenschaftsbanken sich weigern, ihren 160.000 Angestellten die gleiche Gehaltserhöhung wie bei den privaten und öffentlichen Banken zu zahlen (100 Euro Einmalzahlung im August, 3% ab September 2006 und 1,5% ab Dezember 2007, 25 Monate Laufzeit bis Juni 2008). Vor einem Gehaltsangebot soll nach dem Willen des Arbeitgeberverbandes Volks- und Raiffeisenbanken das Bekenntnis von ver.di zur Flexibilisierung des gesamten 13. Gehaltes stehen. Dagegen protestierten Betriebsratsmitglieder aus ganz Hessen bei der 2. Tarifverhandlung am 4. Juli vor der Genossenschaftszentrale in Neu Isenburg (Bild). Die Verhandlungen werden am 20. Juli fortgesetzt. gst

In der Programmdiskussion der Linkspartei liegen bisher zwei Dokumente vor, die „Programmatischen Eckpunkte“ vom Februar 2006 (siehe unter: <http://sozialisten.de/sozialisten/partei/bildung/protokolle>) und der Aufruf zur Gründung einer neuen Linken (s. PB 12/06). Beide Dokumente zeichnen sich u.a. durch Fixierung auf einen starken Staat aus und konnten die Befürchtung wecken, dass die in den letzten Jahren erreichten Programmfortschritte der PDS – Stichwort: Freiheitsgüter – dem Vereinigungsprozess zum Opfer fallen.

Nun hat eine Gruppe von Mandatsträgern der Linkspartei, überwiegend Landespolitiker, aber auch Bundestagsabgeordnete und Parteivorstandsmitglieder, mit dem nebenstehend dokumentierten Aufruf Ergebnisse der Programmdiskussion bekräftigt. Schon im Vorfeld der Veröffentlichung hatten einige von ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten in wichtigen Fragen Klärungsbedarf geltend gemacht und zentrale Kritikpunkte an den „Eckpunkten“ und dem „Gründungsmanifest“ formuliert (s. S. 19). Der Aufruf „Abschied und Wiederkehr“ legt ausführlich dar, welche Vorteile die PDS-Programmatik bietet für eine auf ernsthafte Reformen zielende Politik einerseits und die Entfaltung einer tiefgehenden Kritik an der gesellschaftlichen Grundstruktur andererseits und umschreibt insofern auch die Grundlage, auf der die Mandatsträger in den Institutionen operieren und operieren können.

Die oben genannten Dokumente dagegen, die die Handschrift Oskar Lafontaines tragen, begründen die Konkurrenz um die Macht, d.h. führen eine Kritik, die die Macht delegitimiert, um sie selbst zu erobern. Der Politik der Linkspartei vor allem in den Ländern und Kommunen, wie immer man sie in ihren einzelnen Maßnahmen auch kritisieren mag, entziehen sie den Boden. Allenfalls tragen sie, was als „Politik des roten Handschuhs“* bekannt wurde und geschichtlich gescheitert ist, oder aber öffnen, wahrscheinlicher, bodenlosen Opportunismus Tor und Tür.

scc

* Nach enormen Gewinnen bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 schlug die KPD im Ruhrgebiet, wo sie vor dem Hintergrund der katastrophalen Wirtschaftslage und einer Politik des Sozialabbaus überproportionale Gewinne erzielte und in etlichen Städten zur stärksten Partei wurde, die „Politik des roten Handschuhs“ ein: In Dortmund trug die kommunistische Ratsfraktion rote Handschuhe, die sie bei Gelegenheit dem Bürgermeister vor die Füße warf; in Gelsenkirchen wuschen sich die kommunistischen Abgeordneten demonstrativ die Hände, Wortbeiträge anderer Parteien wurden durch Absingen der „Internationale“ verhindert usw. Infolge dieser Politik, die die Erwartungen vieler Wählerinnen und Wähler enttäuschte, verlor die KPD bei den Wahlen im Dezember 1924 im Ruhrgebiet dann überproportional an Stimmen, die Kommunalwahlergebnisse wurden fast halbiert.

•

Aufruf aus der PDS zur neuen Linkspartei in Deutschland

Abschied und Wiederkehr

Wir befinden uns auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Mitglieder der Wahlalternative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, der Partei des demokratischen Sozialismus und hoffentlich viele weitere Linke wagen einen mutigen Schritt voran. Wie stark und erfolgreich diese neue Linke in Deutschland sein wird, hängt wesentlich davon ab, wie es ihr gelingt, aus den Erfahrungen der Linken in Ost und West zu lernen, ihre bisherigen Stärken zusammen zu führen und beides für alle Beteiligten produktiv zu machen.

Uns, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs, hat unser politischer Weg vor unterschiedlich langer Zeit und unter sehr verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in die Partei des demokratischen Sozialismus geführt. Wir möchten auch weiterhin einer Partei angehören, die sich in Programm und Politik, in Wort und Tat dem demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt. Daher melden wir uns zu Wort, um unseren Diskussionsstand, unsere Stärken und wesentliche programmatische Ansätze der PDS in die neue Linkspartei einzubringen. Und wir wollen die Geschichte der PDS – die Transformation einer Staatspartei hin zu einer demokratisch-sozialistischen Partei –, ihre schwersten Überlebenskämpfe, ihre Niederlagen und Erfolge, im Parteibildungsprozess und in der neuen Partei bewahren und diskutieren.

Demokratischer Sozialismus setzt sich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzusetzen. Hier haben wir mit dem Chemnitzer Programm, der demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wert begreift, gute Vorarbeit geleistet. Er entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten aus. Die ungerechten Verhältnisse, so wie sie sind, können und sollen nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Aber: Die Geschichte ist offen; ihr Verlauf ein Ergebnis von Kämpfen und Aushandlungsprozessen, des Miteinanders und Gegeneinanders unterschiedlicher Interessen unter unterschiedlichen Kräfteverhältnissen. Auch ein Anlauf zum Sozialismus kann scheitern – und er wird scheitern, wenn er dies nicht beachtet. Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. Er misslingt als isoliertes Projekt kleiner Gruppen und auch als eine verordnete „Diktatur des Proletariats“. Wir haben bei-

des auf deutschem Boden erlebt und tragen dafür nach wie vor mit Verantwortung. Zur Rolle der SED und ihrer Parteiführung hat sich der Sonderparteitag 1989 zum Beginn des Erneuerungsprozesses unserer Partei bekannt und sich vor der Bevölkerung der DDR entschuldigt.

Die Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR – sowohl mit ihren Leistungen als auch strukturellen Defiziten im Bereich von Demokratie und individuellen Freiheiten und den im Namen des Sozialismus begangenen Menschenrechtsverletzungen – und die aus diesem Erbe erwachsende Verantwortung, u. a. für Ostdeutschland und seine Zukunft, gehören auch zum Erbe der neuen Linkspartei in Deutschland. Der Bruch mit dem Stalinismus und allen seinen Spielarten steht für uns nicht zur Disposition; Linkspartei einerseits sowie Avantgarde-Anspruch und Wahrheitsmonopol auf der anderen Seite schließen sich aus.

Unsere historische Erfahrung lautet: Die Trennung von sozialen Menschenrechten einerseits und individuellen Freiheitsrechten andererseits, die einseitige Betonung der einen oder der anderen Seite, die Vernachlässigung oder gar Preisgabe der einen zugunsten der anderen Seite führt gerade nicht zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten Gesellschaft. Die feste Absicht, soziale Menschenrechte und individuelle Freiheitsrechte zusammen zu bringen und so eine zukünftige Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit zu ermöglichen, hat uns in der Partei des demokratischen Sozialismus zusammengeführt und uns nun den Weg zu einer neuen, größeren Linkspartei in Deutschland eingeschlagen lassen. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, die strukturellen Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft, darunter auch die Dominanz von Männern über Frauen sowie Rassismus und Antisemitismus zu überwinden.

Wir haben uns 1989 entschieden, im parlamentarischen System als politische Partei zu wirken – und als solche eng mit den Akteuren wie sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Um in einer offenen Gesellschaft erfolgreich für unsere Ziele arbeiten zu können, haben wir aufgrund unserer Erfahrungen in Gesellschaft und Politik und nach gründlichen und z.T. auch heftigen Debatten als Orientierungsrahmen für unser Handeln ein „strategisches Dreieck“ bestimmt: zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinaus weisenden demokra-

S. 20 ➔

Klärungsbedarf angemeldet

Christoffers, bis 2005 Landesvorsitzender der PDS in Brandenburg, im Interview mit dem Tagesspiegel:

Herr Christoffers, Sie sind beunruhigt über die Entwicklung der Linkspartei, warum?

Ich finde es richtig, dass die Bundespartei den Zusammenschluss mit der WASG offensiv betreibt. Wo ich Diskussionsbedarf sehe: Wir haben noch sehr viel zu tun, um ein gemeinsames tragfähiges programmatisches Profil zu bestimmen.

Ist das von Oskar Lafontaine geprägte Gründungsmanifest für die neue Linke zu fundamentalistisch?

Ich sehe Klärungsbedarf. Das betrifft erstens das künftige Verhältnis zur EU und ihren Institutionen. Europa ist mehr als ein neoliberales Projekt. Wir brauchen dringend eine europäische Verfassung. Zweitens muss über die realen Einflussmöglichkeiten der Linkspartei im Bund, in Ländern und Kommunen gesprochen werden. Drittens muss der Eigentumsbegriff berücksichtigen, dass es das von einigen schematisch propagierte öffentliche Eigentum so gar nicht gibt: Es gibt Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen. (...)

Aus: Tagesspiegel, 23.6.2006

Grußwort von Matthias Höhn, Landesvorsitzender der Linkspartei, PDS, an die WASG in Sachsen-Anhalt, 24. Juni 2006

(...) Die programmatischen Eckpunkte haben an den entscheidenden Stellen einen Dissens unserer Ansätze formuliert, zum Beispiel bei den Fragen der Grund- und Freiheitsrechte, bei den Herausforderungen der Arbeitswelt, bei der Zukunft der öffentlichen Haushalte, bei der Bewältigung des demografischen Wandels und so weiter und so fort. Hier liegt unsere gemeinsame Aufgabe. Finden wir an diesen Stellen keinen Konsens, fehlt uns die programmatische Basis für den Parteibildungsprozess, denn genau das sind die kommenden großen Bewährungsproben einer neuen Linken.

Und auch das so genannte „Manifest“ ist m.E. weit davon entfernt, eine tragfähige Basis für eine zukunftsfähige Linkspartei zu sein. Für meine Partei wären zahlreiche der dort formulierten Positionen ein programmatischer Rückschritt zum Teil um mehr als 15 Jahre. Ich will keine Partei, die das Prinzip des imperativen Mandats für sich beansprucht. Ich stehe nicht für eine Partei, die glaubt, jedes Übel unserer Gesellschaft wäre gelöst, wenn

sich nur der übermächtige Staat darum kümmerte. Und ich bin fest davon überzeugt, dass es ein Fehler ist, so zu tun, als gäbe es auf der einen Seite allein uns, die Gutes für die Menschen wollen, und alle anderen Akteure wären auf der anderen Seite im neoliberalen Sumpf gefangen und unser politischer Gegner. So einfach ist die Welt nicht. Ein solcher Ansatz führt uns in die politische Handlungsunfähigkeit.

Wenn wir glauben, unsere Aufgabe bestünde darin, immer nur das Gegen teil dessen zu behaupten, was die Neoliberalen propagieren, werden wir an der Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Probleme scheitern. (...)

Wulf Gallert, Fraktionschef der Linkspartei in Sachsen-Anhalt, im ND-Interview:

Das „Manifest“ steht in der Kritik. Matthias Höhn ... sieht darin „keine tragfähige Basis“ für eine Vereinigung. Zu Recht?

Man muss so urteilen. Das Papier sucht die Identität einer neuen linken Partei zu beschreiben. Zentrales Problem ist, dass dies über Abgrenzung gegenüber anderen versucht wird. Es wird wenig darüber gesagt, was man will, und viel darüber, gegen wen man ist. Was passiert, ist neoliberal, und wir sind die Anti-Neoliberalen. Das ist nachvollziehbar: Nichts ist so identitätsstiftend wie ein gemeinsamer Gegner.

Lässt sich nicht im Umkehrschluss herauslesen, wofür die neue Linke ist?

Womöglich. Mein Eindruck ist allerdings, dass wir nur für bestimmte Dinge sind, um gegen andere zu sein. Widersprüche im Papier legen nahe, dass ein eigenständiges Gesellschaftsbild fehlt. So wird von „Raubtierkapitalismus“ gesprochen. In seiner skandinavischen Form finden wir ihn aber ganz toll. Das Abgrenzungsbestreben ist in sich nicht schlüssig. Das zeigt sich auch in der Frage des Staatsverständnisses. Weil der Staat beschnitten wird, sind wir für seine Ausweitung. Gefordert wird die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Politisch-historische Erfahrungen bei uns im Osten stehen einer solchen unkritischen Forderung aber entgegen. So lange wir die Frage nicht schlüssig erklären, wie man mit Staatseigentum grundsätzlich effizienter als vor 1989 wirtschaften kann, können wir so etwas nicht fordern. Dabei wird an einer anderen Stelle von der Notwendigkeit des Wettbewerbs geredet. Aber dort, wo der Staat eine Monopolstellung hat, benimmt er sich oft genug wie ein Monopolist.

War die PDS in der Programmdiskussion schon weiter?

In manchem waren wir 1990 schon weiter. Wir haben von einer Mischung

der Eigentumsformen gesprochen und zwischen Eigentum und Verfügungsgewalt unterschieden. Zu sagen: Der Staat wird es richten – das funktioniert nicht. Auch nicht dort, wo man sich kategorisch gegen den Abbau des öffentlichen Dienstes ausspricht. Es heißt da nicht: Wir wollen einen stärkeren öffentlichen Dienst, um die Daseinsvorsorge besser zu gewährleisten. Staat und öffentlicher Dienst werden Selbstzweck. Sachsen-Anhalt aber braucht zum Beispiel den Abbau von Verwaltung, um Mittel für soziale Projekte erhalten oder aufzustocken zu können.

Kann die Linke auf der Basis dieses Papiers politische Verantwortung übernehmen? Koalitionen, heißt es, könne sie nur „unter Beachtung ihrer Grundsätze“ eingehen.

Politische Grundsätze dürfen in Regierungsverantwortung nicht über Bord geworfen werden, und man muss natürlich beweisen, dass in einer Regierung etwas erreicht werden kann. Aber man darf nicht verlangen, dass ein Koalitionspartner unsere Grundsätze übernimmt. Was heißt es, wenn ausgesagt wird, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und die Kürzung sozialer Leistungen seien mit der Linken nicht zu machen? In Ostdeutschland, wo die Bevölkerungszahl sinkt, steht beides in Konkurrenz. Wenn solche Grundsätze über eine Koalition entscheiden, sind sie falsch.

Wessen Handschrift trägt das „Manifest“?

Die unkritische Haltung zum Staat – beispielhaft in der Formulierung ausgedrückt, weil die anderen für Deregulierung seien, sind wir für Regulierung – gibt es sowohl in der Westlinken als auch in der Linkspartei. Sie wurde dort aus der Erfahrung des gescheiterten Staatssozialismus aber auch immer kritisch hinterfragt. Statt über Staat haben wir über Gesellschaft und Möglichkeiten für partizipativen Einfluss geredet.

Wird die Programmdiskussion schwerer als erwartet?

Ich habe schon vor der Bundestagswahl gesagt: Der Zusammenschluss zweier Personen ist noch keine neue Partei. Bei einer Fusion besteht die Gefahr, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen – und damit womöglich auf Positionen, von denen man meinte, dass sie schon immer richtig waren. Wenn wir eine Partei für das 21. Jahrhundert sein wollen, müssen diese aber neu analysiert werden. Wir müssen untersuchen, warum der Staatssozialismus gescheitert ist und warum Oskar Lafontaine in der SPD. (...)

Aus: Neues Deutschland, 27.6.06

tisch-sozialistischen Alternativen spannt sich demnach der politische Raum auf, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Politisches Handeln einer demokratisch-sozialistischen, einer linken Partei muss eine produktive Balance zwischen diesen drei Elementen herstellen können – gerade weil wir aus Erfahrung wissen, dass es zwischen ihnen auch Zielkonflikte, nur partielle Übereinstimmung oder auch sehr unterschiedliche Dynamik geben kann. Das „strategische Dreieck“, die damit angestrebte Balance, ist also eine Herausforderung, eine Aufgabe, die gelöst werden muss – immer wieder neu. Wir begrüßen, dass das „strategische Dreieck“ in den Vereinbarungen mit der WASG zur Bildung der neuen Partei eine wesentliche Rolle spielt. In der neuen Partei können somit sehr unterschiedliche politische Erfahrungen zusammen kommen, Defizite geschlossen und neue Stärke, neue politische Interventionsfähigkeit gewonnen werden. Dabei bringen wir aus der PDS in den neuen Bundesländern die Erfahrung einer Verankerung als Volkspartei mit. Das schließt Erfahrungen mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitik für eine von tief greifenden Transformations- und Schrumpfungsprozessen betroffene Region ein. Das sind Erfahrungen, die Jahrzehntelang in Deutschland nicht gemacht werden konnten, nicht gemacht werden mussten. Mit der neuen Partei kann ein solcher Erfahrungshorizont auch in Westdeutschland aufgebaut werden – mit dem großen Vorteil von Parlaments-, Regierungs-, Verwaltungs- und Organisationserfahrung, die sich die PDS erst hart erarbeiten musste und die sie sich immer wieder hart erobern muss. Dabei treffen Linke aus Ost und West in der neuen Partei auf Menschen, die in der PDS in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten hart, ideenreich, engagiert und mit Erfolg politisch gearbeitet haben. Jetzt, gemeinsam und auf das von allen Geleistete aufbauend, besteht die Chance, auch in Westdeutschland eine starke, tief in der Gesellschaft verwurzelte, politisch erfolgreiche linke Partei aufzubauen. Dabei würdigen wir ausdrücklich die Erfahrungen der engagierten Mitglieder der PDS im Westen und wollen ihre Erfahrungen gezielt analysieren, um auch im Westen neue Wege zu beschreiten und Erfolgreiches bewahren.

Die praktische Begrenzung und Überwindung des Neoliberalismus ist letzten Endes keine Frage des Wunsches und Wollens, sie verlangt sowohl Kritik und Aufklärung – ist aber genauso eine Frage praktischer Politik. Deswegen geht es für die neue Partei um Interventionsfähigkeit, um die Fähigkeit, das, was wir bekämpfen wollen, an seinen inneren Widersprüchen und Schwachstellen zu packen. Das wiederum setzt nicht nur die Bereitschaft zum politischen Han-

deln, nicht nur eine präzise und zielorientierte Analyse (dazu gibt es in der Strategiedebatte der PDS einen tragfähigen Vorlauf), sondern auch und vor allem die Stärke des eigenen Konzepts voraus. Unsere Erfahrungen aus der Tagesspolitik sagen uns: Es gibt keine ein für allemal fertigen und endgültigen Antworten. Aber eine politische Partei stolpert auch nicht von Stunde Null zu Stunde Null. Seitens der PDS kommen wir mit ausgereiften Konzepten u.a. für öffentlich geförderte Beschäftigung, eine sozial gerechte Steuerreform, einen Neuansatz für Ostdeutschland (und künftig auch strukturschwache Regionen generell), zur Landesentwicklung und zur Bildung – und auch bei einer so jungen Partei wie der WASG stoßen wir auf interessante Vorstellungen zu vielen

Globalisierung, High-Tech-Wirtschaft, demografischem Wandel und von massiv geplünderten öffentlichen Kassen verwirklicht werden. Das ist die Herausforderung: Das ist die neue soziale Idee.

Zugleich erinnern wir daran, dass der Erfolg 2005 auch mit dem Konsolidierungskurs der Partei seit 2003, dem persönlichen Engagement Lothar Biskys und beachtlichen Wahlerfolgen bei den Wahlen in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und zum Europäischen Parlament mit vorbereitet wurden. Der Wahlerfolg 2005 ist darüber hinaus selbstverständlich Ergebnis des Engagements der beiden Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine für eine neue soziale Idee.

Um sie umzusetzen, braucht es einen



Gemeinsam die Mindestlohnkampagne auf die politische Agenda gesetzt.

Bild: scc

Themen und auf neue Erfahrungen beim Gewinnen von Mitgliedern im Westen. Gemeinsam haben wir das Thema gesetzlicher Mindestlohn auf die politische Agenda setzen können.

Diese Konzepte sind ein wertvolles Gut der neuen Partei – aber sie bleiben es nur, wenn wir zugleich mit der realen Entwicklung Schritt halten, neue Ideen entwickeln und aufnehmen, differenziert und offen debattieren und uns als fähig erweisen, uns mit unseren Themen und Vorschlägen in einer komplexen und zugleich hoch differenzierten Welt zu behaupten und uns durchzusetzen. Dazu gehört die Auseinandersetzung ebenso wie der Kompromiss. Entscheidend für die Bewertung politischer Erfolge ist der Ertrag für die Menschen. Daran wird eine politische Partei auch gemessen. Und wir finden: Zu Recht.

Den Bundestagswahlkampf 2005 haben wir gemeinsam mit dem Versprechen einer neuen sozialen Idee gewonnen. Einerseits ging es dabei weniger um Neues, sondern um das uralte zivilisationsgeschichtliche Gebot von Miteinanderlichkeit: Um Solidarität. Zugleich aber muss diese uralte soziale Idee heute unter den Bedingungen von

starken, demokratisch-verfassten Sozialstaat und erst recht eine starke, soziale Prioritäten setzende Gesellschaft. Für die Sicherung oder gar den Ausbau des Sozialstaates reicht es deswegen auch heute nicht aus, nur auf den Staat, auf seine Gesetze und sein Geld, zu schauen. Das Versagen der „Reformpolitik“ erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Unterbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungzuweisung an den Staat. Deshalb wollen wir uns nicht zuerst auf die Verwaltung der Missstände und die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen konzentrieren, sondern alles dafür tun, die kreativen, innovativen Kräfte in der Gesellschaft frei zu setzen und im Sinne der breiten Bevölkerung nutzbar zu machen.

Daraus erwächst eine neue Art von Regulierung – beruhend auf erneuerten sozialen Sicherungssystemen und auf der Stärkung der Zivilgesellschaft und des Individuums. Dabei geht es um mehr als ausreichendes Essen und eine trockene Wohnung. Es geht um die Beteiligung an der Wissensgesellschaft, um Kommunikation, um sozial gleichen Zugang zu Bildung – und das ein Leben

lang. Und es geht um die Beteiligung aller an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und damit um mehr Demokratie.

Durch gerechtere Steuern und Abgaben müssen die hohen Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben endlich angemessen beteiligt werden. Ausufernde öffentliche Verschuldung ist mit einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik unvereinbar; eine Rückführung überhöhter Verschuldung, besonders in den Ländern und Kommunen ist ebenso Aufgabe der Linken. Hierfür ist aber eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene nötig und möglich.

Mit den öffentlichen Gütern, dem öffentlichen Dienst und dem öffentlichen Eigentum muss verantwortungsbewusst umgegangen werden. Sie werden für die Gesellschaft in dem Maße produktiv und legitimiert, wie sie einer sozial verantwortlichen Definition von Staat und Staatsaufgaben folgen. Hier ist jedoch mehr gesellschaftlicher Rückhalt erforderlich und nicht allein staatliche Verordnung.

Dies ist unser Gegenentwurf zur neoliberalen Deregulierung und zum Sozialabbau. Dies ist der Weg, den moralischen Grundwerten der Gesellschaft auch gegenüber der Wirtschaft Geltung zu verschaffen.

Das gilt unter heutigen Bedingungen nicht nur für Bund, Länder und Kommunen in Deutschland – es gilt erst recht für die Europäische Union und für den Kampf um soziale Standards für die Globalisierung. Es ist richtig und wichtig, dass das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer durch Verträge und Gesetze geregelt werden muss, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben. Mit dieser Position werden wir uns konstruktiv und engagiert an den neuen Debatten um eine Europäische Verfassung beteiligen. Es muss verhindert werden, dass der gescheiterte Verfassungsvertrag durch Tricks der Regierenden im Wesentlichen unverändert und ohne soziale Grundaussagen doch noch durchgesetzt wird.

Großes einigendes Thema der Linken ist das friedliche Zusammenleben der Völker. Außenpolitik muss Friedenspolitik sein; präventive Konfliktvermeidung muss zum elementaren Grundsatz der internationalen Politik werden. Wir bestehen auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages durch alle Staaten. Beschaffung, Drohung mit und erst recht der Einsatz von Atomwaffen müssen geächtet bleiben. Wir verurteilen imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigen das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtü-

mer verfügen zu können und ihren eigenen Weg zu Demokratie und Menschenrechten zu gehen.

Nach Jahrzehnten von Spaltung und Dogmatismus, von wenigen Erfolgen und vielen Niederlagen, stehen die Zeichen für die Linke in der Bundesrepublik Deutschland jetzt auf Gemeinsamkeit und Erstarken. Setzen wir den Weg zur Bildung einer neuen Linkspartei aktiv, zügig, offen und selbstbewusst fort. Noch im Jahr 2007 soll es eine neue, linke Partei in Deutschland geben, in der jedes Mitglied in Ost und West, mit seiner unterschiedlichen Geschichte gleich viel einzubringen hat.

Wir wollen unsere Erfahrungen einbringen!

6. Juli 2006

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Conny Ernst (Landesvorsitzende Sachsen, MdL), Matthias Höhn (Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, MdL), Knut Korschewsky (Landesvorsitzender Thüringen), Klaus Lederer (Landesvorsitzender Berlin), Thomas Nord (Landesvorsitzender Brandenburg), Peter Ritter (Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern), Elke Breitenbach (Parteivorstand, MdA), Jan Korte (Parteivorstand, MdB), Kersten Naumann (Parteivorstand, MdB), Caren Lay (Parteivorstand, MdL), Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer, MdB), Katina Schubert (stellvertretende Parteivorsitzende), Angelika Gramkow (Parteivorstand, Fraktionsvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern), Kerstin Kaiser (Parteivorstand, Fraktionsvorsitzende Brandenburg), Stefan Liebich (Fraktionsvorsitzender Berlin), Wulf Gallert (Fraktionsvorsitzender Sachsen-Anhalt), Dieter Hausold (Fraktionsvorsitzender Thüringen), Peter Porsch (Fraktionsvorsitzender Sachsen), Heinz Vietze (MdL, parlamentarischer Geschäftsführer Brandenburg), Jürgen Plagge-Vanderlaar (Parteirat), Steffen Bockhahn (stellvertretender Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern), Halina Wawzyniak (stellvertretende Landesvorsitzende Berlin), Jonas Bens (Landesvorstand NRW), Barbara Höll (MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Udo Wolf (stellvertretender Landesvorsitzender Berlin), Roland Claus (MdB), Sonja Kiesbauer (Landesvorstand Berlin), Heidrun Bluhm (MdB), Thomas Falkner, Horst Kahrs (Leiter des Bereiches Strategie und Politik der Bundesgeschäftsstelle), Petra Pau (MdB)

[Der Titel „Abschied und Wiederkehr“ ist die Überschrift eines Kapitel aus „Als wär's ein Stück von mir“, der Autobiografie von Carl Zuckmayer. Ein weiteres Zitat des Autors lautet: „Die Welt wird nie gut, aber sie könnte besser werden.“]

Vorgestellt

Abschlag.

**Arbeitnehmerrechte und die Herstellung von Sportbekleidung in Asien
Eine Studie über Arbeitsbedingungen bei Firmen wie adidas, Nike, puma, Reebok**

Pünktlich zur Fußballweltmeisterschaft, aber leider nur wenig beachtet, hat die britische Hilfsorganisation OXFAM einen Bericht über die Arbeitsbedingungen, Löhne und über fehlende fundamentale Gewerkschaftsrechte bei Zulieferern internationaler Sportartikel-Konzerne wie Puma, Adidas, Nike, Reebok herausgegeben. Die deutsche Übersetzung kann unter www.osfam.de heruntergeladen werden.

„Während die Sportbekleidungsgiganten sich auf die Präsentation ihrer Produkte bei der Fußball-Weltmeisterschaft vorbereiten, spielen sich hinter den Kulissen andere Szenen ab: Viele Arbeiterinnen und Arbeiter in der Sportbekleidungsindustrie müssen mit Einschüchterungen, Gewalt und Entlassung rechnen, wenn sie versuchen, gewerkschaftlich tätig zu werden“, heißt es auf der Homepage zu der am 24. Mai vorgelegten Studie.

Sie dokumentiert erbitterte Kämpfe der Beschäftigten in der Sportartikel-Industrie, insbesondere in den Zuliefererbetrieben großer Konzerne, gegen unerträglich lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, gegen Schikanen am Arbeitsplatz und um elementare gewerkschaftliche Rechte.



Diese Frau arbeitet in einem indonesischen Zulieferbetrieb von Nike und stellt Sportschuhe her.

Die US-Firma Nike ließ beispielsweise nach Angaben der Studie 1998 weltweit 52% der unter ihrem Label verkauften Sportschuhe in Ländern fertigen, in denen grundlegende Gewerkschaftsrechte respektiert werden. 48% aller Nike-Sportschuhe wurden also bereits in diesem Jahr in Ländern gefertigt, in denen gewerkschaftliche Rechte nicht gewährleistet waren. 2005 war bei Nike der Anteil der Schuhe, die in Ländern mit Gewerkschaftsrechten gefertigt wurden, auf 38% gesunken, 62% al-



Links: Diese Frauen arbeiten in der Panarub-Fabrik in Indonesien, wo Fußballschuhe für adidas hergestellt werden. Hera (3. v. links) und Neneng (2. v. rechts) sind unter den Gewerkschafterinnen, die wegen ihrer Teilnahme an einem Streik 2005 entlassen wurden. Rechts: Näherinnen in Sri Lanka

ler Schuhe stammten also aus Ländern, in denen Gewerkschaften verfolgt werden – ganz zu schweigen von den auf diese Weise erzwungenen Arbeitsbedingungen und Löhnen.

Die „metall“, Zeitung der IG Metall, widmete in ihrer Juli-Ausgabe dem Thema eine ganze Seite, unter anderem mit einem Interview einer Textilarbeiterin

bei einem Adidas-Zulieferer in El Salvador. Arbeitszeiten von 14 bis 20 Stunden am Tag, Löhne, von denen die Frauen nicht leben konnten (75 Dollar für 14 Tage Arbeit), ständige Schikanen am Arbeitsplatz, fehlender Gesundheitsschutz und andere Verletzungen von Menschenrechten waren in dem Betrieb die Regel. Beschwerden bei der Ge-

schäftsführung, auch (mit Hilfe katholischer Organisationen) direkte Schreiben an Adidas blieben jahrelang unbeantwortet. Kam doch einmal eine Kontrolle in den Betrieb, durften nur von der Geschäftsführung ausgesuchte und eingeschüchterte Beschäftigte mit dieser sprechen. Als die Näherinnen darauf 2005 eine Betriebsgewerkschaft grün-

Kontext

Dieser Bericht ist die dritte von Oxfam International vorgelegte Studie über Arbeitnehmerrechte in der Lieferkette des Bekleidungssektors. Im Jahr 2004 wurden bereits „Unsere Rechte im Ausverkauf“ und „45 Zwangsüberstunden in einer Woche – Play Fair bei Olympia“ veröffentlicht. Diese beiden Studien zeigen, wie sich das Geschäftsverhalten vieler Einzelhandelskonzerne und Sportartikelfirmen negativ auf die Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben auswirkt.

Der vorliegende Bericht befasst sich vorrangig mit Gewerkschaftsrechten. Die Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten wird als entscheidend für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen angesehen. „Abseits!“ appelliert an die Verantwortung großer Sportbekleidungsunternehmen, die Umsetzung der Gewerkschaftsrechte innerhalb ihrer gesamten Lieferketten einzuhalten. Alle Beteiligten der Sportbekleidungsindustrie müssen zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte beitragen. Gemeinsam mit Regierungen, internationalen Institutionen, Verbrauchern und Investoren können sie entscheidende Verbesserungen bewirken. Einzelhandelskonzerne müssen Gewerkschaftsrechte innerhalb ihrer gesamten Lieferkette fördern. Zulieferbetriebe müssen das Recht ihrer Arbeiter/innen auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und Tarifverhandlungen achten. Regierungen müssen dafür Sorge tragen, dass



Diese Frau war früher in einer thailändischen Fabrik tätig, die Waren für Fila, Nike, adidas und andere Marken fertigte. Löhne und Arbeitsbedingungen waren schlecht. Als die Arbeiterinnen versuchten, eine Gewerkschaft zu gründen, wurde ihnen mit Gewalt gedroht. Als die Fabrik geschlossen wurde, gründeten einige der Arbeiter/innen eine eigene Fabrik, die für den Fair Trade Markt produziert.

die nationale Arbeitsgesetzgebung mit internationalen, in der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) verankerten Gewerkschaftsrechten übereinstimmt und diese verabschiedet, umgesetzt und eingehalten wird. Sie sollten den Ausverkauf der Arbeitnehmerrechte stoppen, durch den sie momentan noch versuchen, ihren Standort für Investoren attraktiv zu machen.

Die IAO (Internationale Arbeitsorganisation) und WTO (World Trade Organisation) sollten kooperieren, um zu verhindern, dass Handelsregelungen Vorrang vor internationalen Arbeitnehmerrechten haben. Die Weltbank,

der IWF (Internationaler Währungsfonds) und die Regionalen Entwicklungsbanken sollten in ihrer gesamten Tätigkeit die Arbeitnehmerrechte als Instrument der Armutsbekämpfung und zur besseren Gleichstellung der Geschlechter nutzen. Institutionelle Anleger – Aktionäre und Rentenfonds – sollten ihren Einfluss in den Investmentmärkten geltend machen, um Lieferkettenpraktiken zu fördern, die zur Einhaltung internationaler arbeitsrechtlicher Normen beitragen. Verbraucher sollten darauf bestehen, dass Einzelhandelskonzerne und Markenfirmen Sorge dafür tragen, dass durch ihre Auftragsvergabe und Einkaufspraktiken die Rechte der Arbeiter/innen unterstützt und nicht unterlaufen werden.

Der Weltfußballverband FIFA soll seinen Code of Labour Practice, d.h. die Bestimmungen für die Herstellung von Waren, die von der FIFA lizenziert sind, umsetzen. Sein Verhaltenskodex beinhaltet die arbeitsrechtlichen Kernnor-



Arbeiterinnen einer Sportbekleidungsfabrik in China

den wollte, wurden alle Närerinnen gefeuert. Bis heute ist ihre Klage gegen die Entlassungen nicht entschieden.

Die Studie dokumentiert auf insgesamt 16 Seiten noch zahlreiche weitere Beispiele über die Kämpfe in anderen Ländern und die Reaktionen der großen Sportartikelkonzerne. „Die Herstellung von Sportbekleidung ist ein lukratives Geschäft“, heißt es im Schlusswort. „Marken wie Nike, Reebok, adidas, PU-ISA ASICS und FILA verzeichnen riesige Gewinne. Sie geben Hunderte Millionen Euro für Marketing und das Sponsoring bekannter Sportler aus. Dagegen leben viele asiatische Arbeiter/innen, die die Laufschuhe und Sportkleidung herstellen, am Rande des Existenzminimums. Sie mühen sich ab, die Grundbedürfnisse ihrer Familien zu decken, und viele von ihnen können keine Gewerkschaft gründen oder ihr beitreten, ohne diskriminiert oder entlassen zu werden und Gewalt ausgesetzt zu sein.“ Der Bericht soll einen Beitrag leisten zur Stärkung der Rechte der Beschäftigten in der Sportartikelindustrie. Eine weite Verbreitung ist ihm zu wünschen.

rül

men der IAO, einschließlich der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen. Die olympische Bewegung muss ernsthafte Anstrengungen unternehmen, damit die Arbeitsrechte in der Sportbekleidungsindustrie durchgesetzt werden. Das IOC (Internationale Olympische Komitee), die Nationalen Olympischen Komitees und die Organisationskomitees müssen die Industrie auffordern, in ihren Zulieferbetrieben die internationalen Arbeitsnormen der IAO einzuhalten. Das IOC muss sich in der Olympischen Charta öffentlich zur Einhaltung der Arbeitsrechte verpflichten. Außerdem muss es die Vorschriften zur Lizenzvergabe, zur Zulassung von Sponsoren und zu Vermarktungsvereinbarungen überarbeiten und sicherstellen, dass in diese Verträge Verpflichtungen zur Respektierung und Umsetzung der Arbeitsrechte aufgenommen werden.

Die olympische Bewegung muss ernsthafte Anstrengungen unternehmen, damit die Arbeitsrechte IOC (Internationale Olympische Arbeitsnormen der IAO einzuhalten. Das IOC muss sich in der Olympischen Charta öffentlich zur Einhaltung der Arbeitsrechte verpflichten. Außerdem muss es die Vorschriften zur Lizenzvergabe, zur Zulassung von Sponsoren und zu Vermarktungsvereinbarungen überarbeiten und sicherstellen, dass in diese Verträge Verpflichtungen zur Respektierung und Umsetzung der Arbeitsrechte aufgenommen werden.

Rezension

Mit zweierlei Maß

Österreich war der letzte neutrale Staat, der im Dezember 1972 die DDR diplomatisch anerkannte. Friedrich Bauer war ihr erster Botschafter in Berlin. Er nahm 1973 seine Tätigkeit in Berlin auf, bis er 1977 nach erfolgreicher Tätigkeit wieder nach Wien zurückkehrte.

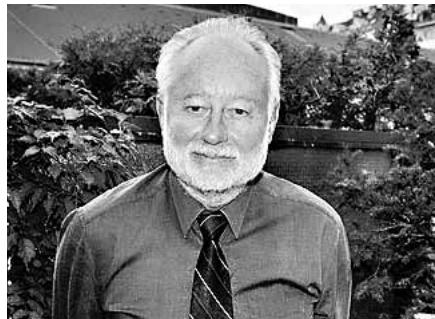
Über die DDR hat Friedrich Bauer 77 Seiten verfasst. Neben kleinen gehässigen „Schmankerln“ konnte er über diesen Staat im Prinzip nur Gutes schreiben. Er sei vertragstreu gewesen. Zusagen seiner Staatsbediensteten wurden auf Punkt und Komma eingehalten. Man brauchte nicht Nachfragen oder mahnen, schreibt er anerkennend.

Der erste österreichische Botschafter nahm 1973 seine Tätigkeit in Berlin auf. Er beendete seine Tätigkeit in der DDR 1977. Danach war er als Politischer Leiter der Politischen Sektion in Wien tätig, bis er 1986 nach Bonn ging. Über die BRD hat Botschafter Bauer 73 Seiten verfasst. Hier habe er mit persönlicher Genugtuung die deutsche Wiedervereinigung erlebt.

Bauer macht sehr aufschlussreich die Unterschiede in der inhaltlichen Arbeit in den österreichischen Botschaften in Berlin und Bonn sichtbar. In der DDR musste er diplomatische Pionierarbeit leisten. Zuerst galt es für ihn, die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zu beleben. Er beteiligte sich aktiv an der Gründung eines österreichischen Hafenkomitees in Rostock. Dessen Aufgabe war es, die schwedischen Erzlieferungen über den Hafen Rostock nach Österreich abzusichern. VOEST war auf diese lebenswichtigen Importe durch die DDR angewiesen, zumal sie „schneller und billiger“ waren. 1974 war er bei dem Zustandekommen eines Handels- und Zahlungsabkommens, einem Gesundheitsabkommen und einem Rechtshilfeabkommen in Zivilrechtssachen beteiligt. Im März 1974 begannen Verhandlungen zu einem Konsularvertrag. Den hat er dann im März 1975 zusammen mit Außenminister Oskar Fischer unterzeichnet. Sein Vorschlag war, dass von der DDR die Lösung sämtlicher Härtefälle, „das betraf damals etwa tausend Menschen“, vor der Vertragsunterzeichnung zugesagt werden müsse. Der erfahrene Diplomat wusste genau, dass für die DDR die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft im Raum stand. Bundeskanzler Kreisky hatte zuvor der Kritik aus Bonn mit den Worten den Wind aus den Segeln genommen: „... einen Staat ohne Staatsbürger kann ich mir nicht vorstellen“.

Obwohl es Bauer verboten war, mit der SED und den Blockparteien Kontakte zu unterhalten, nahm er eines Tages mit dem Büro von Günther Mittag

Kontakt auf. Schließlich ging es um ein Geschäft für VOEST. Er brachte einen Besuch von Günter Mittag in Wien mit auf den Weg. Es kam zu einer Akquisition des Auftrages für das Walzwerk Eisenhüttenstadt (DDR). Zuvor hatte er noch einen Besuch von Gerald Götting (seinerzeit Volkskammer-Präsident) im Österreichischen Parlament verhindert. Denn zu dieser Zeit unterhielt Österreich noch keine Beziehungen zur Volkskammer der DDR.



Der Botschafter a. D. heute

Als Bauer nach Bonn kam, war vieles ganz anders. Der Handel ging an der Botschaft so gut wie vorbei. Die Wirtschaft Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland waren schon längst vertraglich geregelt und harmonierten weitestgehend miteinander. Auch die Beziehungen zwischen der BRD und Österreich auf völkerrechtlichem Gebiet waren längst geregelt. Doch im Dickicht der hohen Politik gab es viel zu tun. So waren die Kontakte auf höchster Ebene bei weitem nicht in Ordnung. Zwischen Kreisky und Kohl herrschte „Eiszeit“ (S. 216). Kohl fuhr zwar regelmäßig nach St. Gilgen in Urlaub. Mit Kreisky, Sinowatz oder Vranitzky kam es aber zu keinerlei Begegnungen. Der Mangel an Begegnungen auf höchster Ebene konnte einen Botschafter nicht ruhen lassen. Bauer, der in Bonn auf allen Ebenen sehr aktiv war, arbeitete daran und hatte Erfolg. Vranitzky folgte schließlich seinem Vorschlag und machte 1987 am Rande eines SPD-Parteitages Bundeskanzler Kohl einen Höflichkeitsbesuch. In dessen Ergebnis lud Kohl Vranitzky zu einem offiziellen Besuch nach Bonn ein.

Am Ende des Buches hat Bauer kleine Erlebnisse und Anekdoten aus seiner Botschaftertätigkeit angehängt. Die sind allemal vielleicht am Interessantesten. So erklärt Bauer auch seine Einschätzung der Waldheim-Affäre, den Noricum-Prozess und die Gründe für seine Versetzung nach Moskau.

Der Rezendent stimmt zu, dass das Buch wichtige Vorgänge und Beobachtungen zur Diplomatengeschichte enthält. Es ist keine Monographie.

Franz-Karl Hitze

Friedrich Bauer: Botschafter in zwei deutschen Staaten / Eigenverlag Wien 2006, 257 Seiten, 22 Euro, ISBN 3-200-00441-X

14. Juli. Stralsund. *Besuch von Präsident Bush in der Bundesrepublik.* Aus dem Aufruf der Friedensbewegung: Bush in Deutschland: „Er ist nicht unser Gast!“ Kriege beenden – Kriegsplanungen stoppen! Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muss ihm deutlich gemacht werden, dass er nicht willkommen ist. Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, dass sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Wir fordern: Kein Krieg gegen den Iran – Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan – Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit – Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten – Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens – Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt – Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten – Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien.

15. Juli Stuttgart. *Landesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Solidarität aufbauen!“* Gegen die vermehrten Kriminalisierungsversuche linker und antifaschistischer Politik. Auftaktkundgebung ist ab 13 Uhr in der Keplerstrasse vor den Universitätsgebäuden KI/KII – Stadtmitte. Zu der Demonstration ruft das Stuttgarter Bündnis gegen Repression auf, sowie das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden Württemberg.

22. Juli. Stuttgart. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS, Baden-Württemberg.*

29. Juli bis 5. August. Bayern. *International Refugee Human Rights Tour: Flüchtlingslager abschaffen - Ausgrenzung und Isolation beenden- Bleiberecht.* Unter dem Motto Deutschland Lagerland werden wir die bayerische Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass überall in Bayern Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, dazu gezwungen durch Gesetze, Verordnungen und Ausländerbehörden. Diese Tour ist der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne, die sich seit 2002 gegen Abschiebelager, Essenspakte und Lagerzwang für Flüchtlinge eingesetzt hat. Unser Ziel ist es, Flüchtlingen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir die Bevölkerung informieren und die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung mit der von ihnen zu verantwortenden Realität konfrontieren. Wir freuen uns über Kontakt: kontakt@deutschland-lagerland.de

3. bis 6. August. Erfurt. *Linke Sommerschule* mit den Kursen Wirtschaft und Philosophie.

22. August. Berlin. *CDU-Grundsatzkongress, Teil 1*

27. August. Worms. *Landesparteitag Linkspartei.PDS Rheinland-Pfalz.* Neuwahlen Vorstand.

1./2. September, Rostock. *Ostseefriedenskonferenz.*

1. bis 3. September, Berlin. *Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung.* Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunftskongress.de

9. September, Zabeltitz (bei Risa). *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

10. bis 15. September. Bayern. *Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.*

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

Linke Sommerschule 2006 in Erfurt: 3. bis 6. August

Kurs Wirtschaft: Interessenlagen auf den Energiemarkten

In diesem Sommer wollen wir uns mit den Interessenlagen der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten für Energie auseinander setzen, mit den wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die sich auf diesen Märkten entwickeln und mit den politischen Strategien, die in die wirtschaftlichen Vorgänge auf diesem Sektor bestimmt mit eingehen. Zunennen ist hier die politische Absicherung der Lieferung, die Sicherung der Verkehrswege, der spezifischen Besteuerung des Verbrauchs, der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Reserve(kapazitäten) im „öffentlichen Interesse“ und aus öffentlichen Mitteln.

Kurs Kulturwissenschaften: Nationalstaat und „Weltgesellschaft“

Ein Grund für die Entscheidung, uns ausführlicher mit dieser Thematik zu befassen, war die linke Kritik am EU-Verfassungsvertrag. Es bestand der Eindruck, dass die berechtigte Kritik an der Militarisierung der EU und den sozialen Verwerfungen durch die Internationalisierung der Märkte und Deregulierung sich nahezu unentwirrbar mit Ängsten vor der und Ressentiments gegen die europäische Unionierung und den damit verbundenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats vermischt.

Anmeldung bei

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de